



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 3

März 1965

Grafik des Monats: Kreisvergleich

Aufsätze: Landeshaushalt 1965  
Straffälligkeit 1963  
Baulandmarkt  
Personalstruktur Gewerbe

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



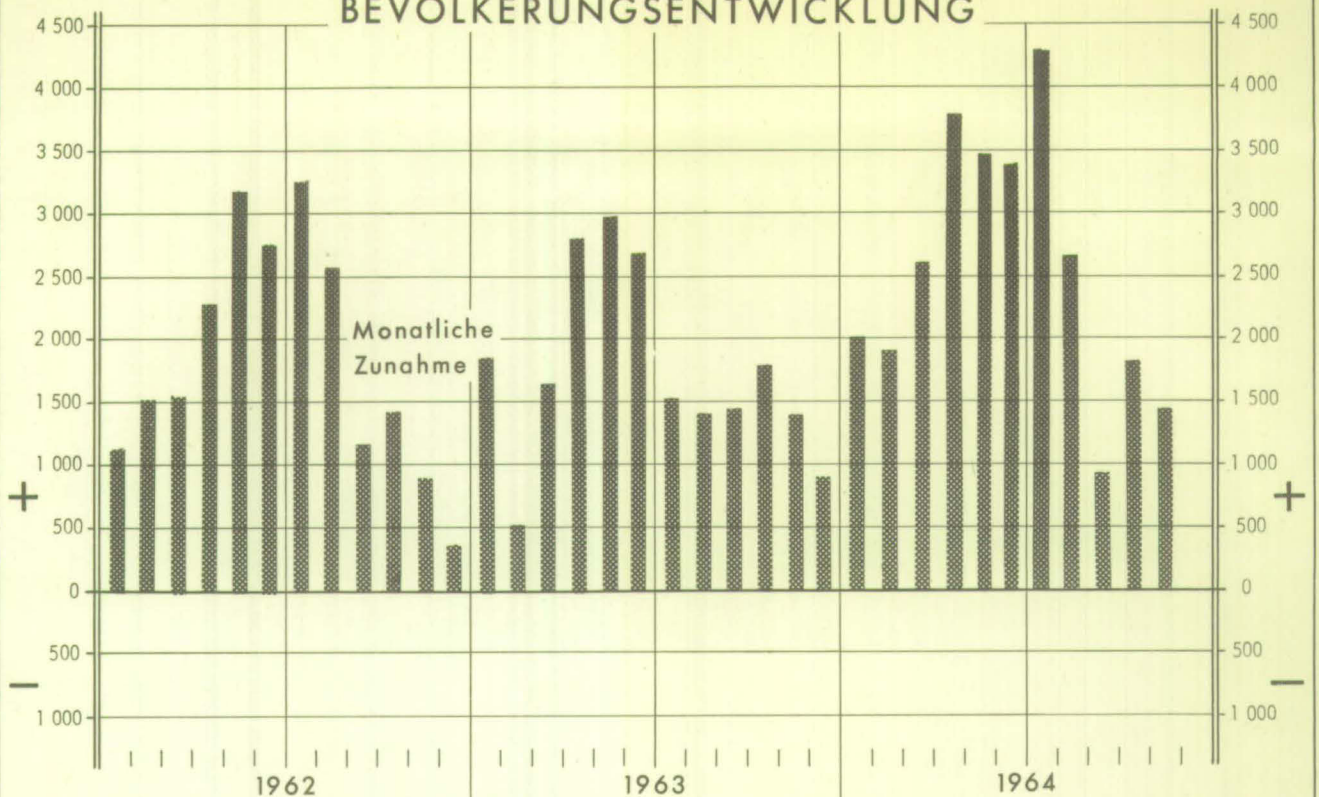
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

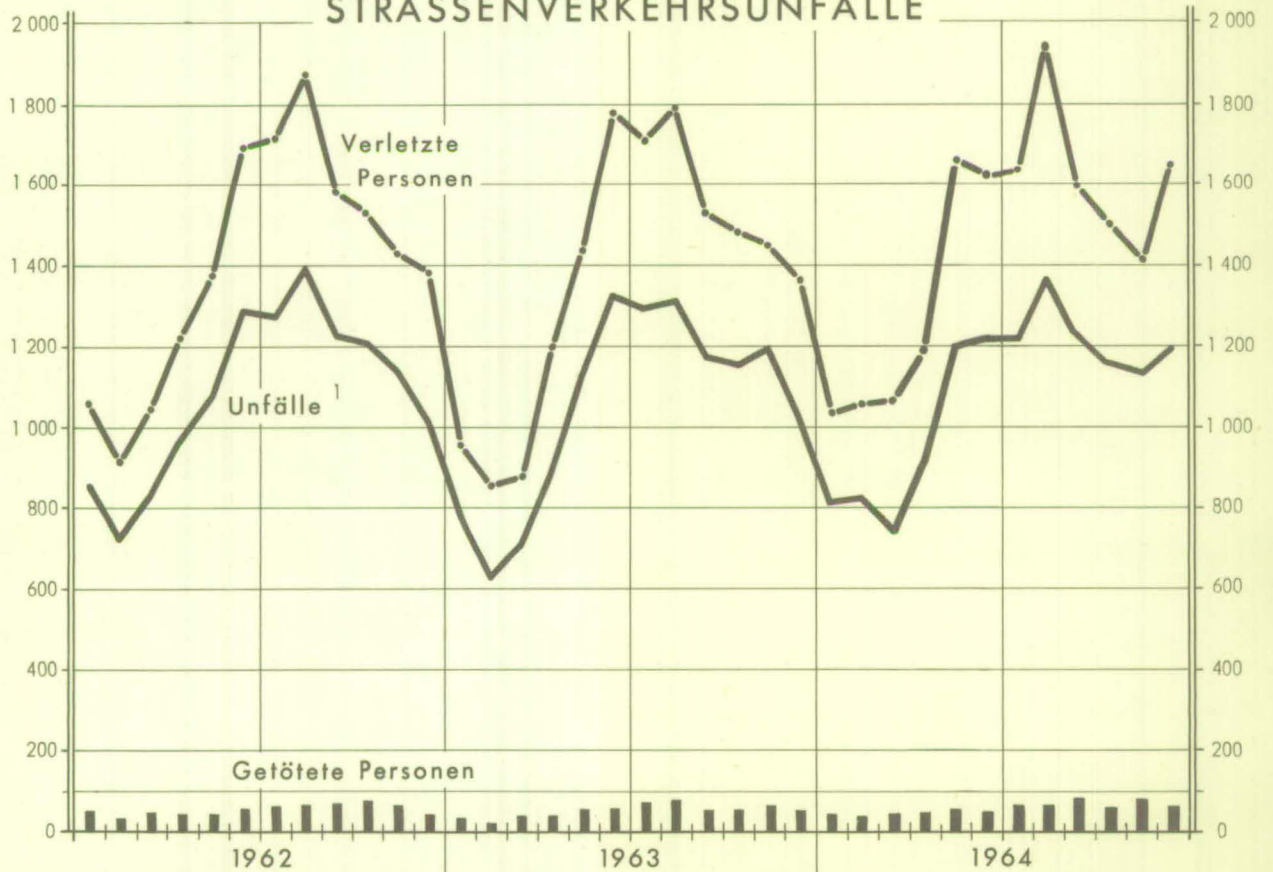
V 6458 E

D-3391

## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden

# INHALT

3/65

Aktuelle Auslese . . . . .	49
Aus dem Inhalt . . . . .	50
Aufsätze	
Der Landeshaushaltsplan 1965 . . . . .	51-53
Die Straffälligkeit nach den Gerichtsurteilen 1963. . . . .	54-57
Der Baulandmarkt in Schleswig-Holstein . . . . .	58-66
Die Personalstruktur in der gewerblichen Wirtschaft 1962 : . . . .	66-72
Grafik des Monats . . . . .	60-61
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - . . . . .	3. Umschlagseite

## Neu erschienen:

### Statistische Berichte

A0/Volkszählung 1961 - 14

„Haushalte mit land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen  
unter 0,5 ha Gesamtfläche“

12 Seiten, Preis 1,20 DM

A0/Volkszählung 1961 - 15

„Pendlerströme in ausgewählten Gemeinden  
nach der Volkszählung am 6. Juni 1961“

34 Seiten, Preis 2,00 DM

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 10/1964

Geburtenhäufigkeit 1963  
Bestandsgrößen in der Nutztviehhaltung  
Straßenverkehrsunfälle 1963  
Berlin- und Interzonenhandel 1963  
Einkommen der Körperschaften 1961  
An- und Abmeldungen von Arbeitsstätten

### Heft 11/1964

Wahlberechtigte 1961 und 1965  
Arbeitsstätten des Verkehrs  
Lohnerhebungen der EWG  
Sparen der Haushalte  
Feuerwehren 1963

### Heft 12/1964

Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen  
Strukturdaten Landwirtschaft  
Krankenpflegepersonal 1963  
Wasser und Abwasser  
Vermögensmillionäre  
Turnen und Sport

### Heft 1/1965

Kraftfahrzeugsteuer 1964  
Sterbefälle und Todesursachen  
Mechanisierung Landwirtschaft  
Ausfuhr 1962 und 1963  
Preise für Speisen und Getränke

### Heft 2/1965

Bruttoinlandsprodukt der Kreise  
Veranlagte Einkommen 1961  
Bauhauptgewerbe 1964  
Fremdenverkehr 1963 und 1964  
Erwerbspersonen am Arbeitsort  
Vermögensbildung der Arbeitnehmer



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 3

März 1965

## Aktuelle Auslese



### INDUSTRIEUMSATZ 1964 ÜBER 8 MRD. DM

Die Umsatzleistung der schleswig-holsteinischen Industrie überschritt 1964 bei kaum verändertem Beschäftigtenstand erstmalig die Grenze von 8 Milliarden DM. Das entsprach einer Zunahme gegenüber 1963 von 1,4 %. Während der Inlandsumsatz um fast 3 % stieg, blieb der Auslandsumsatz um knapp 8 % unter dem Wert von 1963. Im Bundesgebiet stieg der gesamte Industrieumsatz von 1963 auf 1964 um 10 %.



### INDUSTRIEPRODUKTION 1964

Nach vorläufigen Ergebnissen war die Produktion der schleswig-holsteinischen Industrie 1964 um 2 % größer als 1963. Der Index (1958 = 100) wuchs von 129 auf 132. Besonders lebhaft ist die Entwicklung im Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter (+ 7 %) sowie im Bereich der Verbrauchsgüter (+ 6 %) gewesen. Einbrüche gab es dagegen bei den Investitionsgütern (- 6 %) und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (- 1 %).



### UMSATZ IM BAUHAUPTGEWERBE 1964

Der Umsatz im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe betrug 1964 1,7 Mrd. DM und war damit um 13 % höher als 1963. Die Entwicklung im Bund war mit + 17 % noch etwas lebhafter.

### SOZIALER WOHNUNGSBAU 1964

Im Jahre 1964 sind für den Bau von rund 13 400 Wohnungen öffentliche Mittel bewilligt worden. Die veranschlagten Gesamtkosten für diese Wohnungen belaufen sich auf 650 Mill. DM. Während sich die Kosten gegenüber 1963 um 12 % erhöht haben, ist die Zahl der Wohnungen nur unwesentlich (+ 2 %) angestiegen.



### SPAREINLAGEN 1964

Ende 1964 wurden von den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein Spareinlagen in Höhe von 2,7 Mrd. DM verwaltet. Im Laufe des Jahres 1964 sind 370 Mill. DM (16 %) hinzugespart worden. 1963 hatte die Zuwachsrate 18 % betragen. Während 1963 jeder Einwohner im Durchschnitt überein Sparguthaben von 1 000 DM verfügt hatte, waren es Ende 1964 rund 1 100 DM.



### EIN GARTEN FÜR JEDEN ZWEITEN

In Schleswig-Holstein verfügte 1960/61 jeder zweite Haushalt über Gartenflächen oder landwirtschaftliche Betriebsflächen vom kleinsten bis zum größten Umfang. Knapp 40 % der Haushalte haben kleine Flächen unter 0,5 ha und nicht ganz 8 % größere Flächen, hinauf bis zum Gutsbetrieb. Der Anteil der landlosen Haushalte steigt in den Städten bis auf 75 % an, in den Kreisen schwankt er zwischen 28 % in Eiderstedt und 55 % in Pinneberg. Die Kleingartenflächen sind im Landesdurchschnitt etwa 800 qm groß, wobei erwartungsgemäß die kreisfreien Städte nur unterdurchschnittliche Werte erreichen.

# Aus dem Inhalt

## Landeshaushalt 1965

Seite 51

Der Landeshaushaltsplan 1965 für Schleswig-Holstein weist für die Einnahmen und für die Ausgaben einen Betrag von 2,2 Mrd. DM aus. Damit hat sich das Ausgabevolumen gegenüber den Ansätzen von 1964 um gut 5 % erhöht. Die Personalausgaben wurden mit 757 Mill. DM eingesetzt. Das bedeutet, daß ihr Anteil an den Gesamtausgaben von 32 % (1964) auf fast 35 % angestiegen ist. Nach den Versorgungsleistungen haben die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich am stärksten zugenommen. Dafür sind 1965 282 Mill. DM vorgesehen worden. Ebenfalls überdurchschnittlich angestiegen sind die Ausgaben für den Aufgabenbereich Schulen, Wissenschaft und Kultur. Von den hierfür veranschlagten 388 Mill. DM entfallen 72 % auf die persönlichen Kosten. Für einige Aufgabenbereiche sind die Ansätze gegenüber 1964 gesenkt worden, so z. B. für den Bereich der Förderung der Wirtschaft (– 4 %). In diesem Bereich sind 428 Mill. DM für die Landwirtschaft und 30 Mill. DM für die gewerbliche Wirtschaft vorgesehen. Um die Ausgaben 1965 decken zu können, wurden bei den Landessteuern höhere Einnahmen angesetzt. Das Steueraufkommen wurde um 12 % höher geschätzt als 1964. Die Einnahmen im Länderfinanzausgleich sind gegenüber 1964 unverändert eingesetzt worden.

## Straffälligkeit 1963

Seite 54

Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 24 500 Personen rechtskräftig abgeurteilt, 3 % weniger als 1962. Von den Abgeurteilten wurden 90 % auch verurteilt. Vergleicht man die Zahlen über Abgeurteilte und Verurteilte in den vergangenen Jahren, so zeigt sich, daß der Anteil der mit Verurteilung beendeten Strafverfahren beachtlich gestiegen ist. 1950 erhielten nur 78 % aller Abgeurteilten eine Strafe. 1963 wurden von 100 000 strafmündigen Einwohnern Schleswig-Holsteins 1 168 verurteilt, 1955 waren es 866 gewesen. Dabei ist die Verurteiltenziffer bei den Jugendlichen und bei den Heranwachsenden in den letzten Jahren stärker gestiegen als bei den Erwachsenen. Ein ständig größer werdender Personenkreis wird in jedem Jahr wegen strafbarer Handlungen im Straßenverkehr vor Gericht gestellt. 1963 waren über 10 600 Personen, d. h. jeder zweite von den rund 22 000 Verurteilten, als Verkehrsteilnehmer straffällig geworden. 1955 wurden 328 Personen je 100 000 Einwohner wegen eines Vergehens im Straßenverkehr und 532 Personen wegen eines der vielen anderen Delikte nach dem Strafgesetzbuch oder sonstigen Bundesgesetzen verurteilt. 1963 beliefen sich die Verurteiltenziffern auf 503 für Verkehrsdelikte und 598 für sonstige Straftaten. Während die Häufigkeit von Verurteilungen bei den mehr "konventionellen" Straftaten in den acht Jahren um 12 % zunahm, ist die Verurteiltenziffer für die Straßenverkehrsdelikte um 53 % angestiegen.

## Baulandmarkt

Seite 58

In den zweieinhalb Jahren von Mitte 1961 bis Ende 1963 wurden in Schleswig-Holstein rund 17 000 Grundstücke verkauft. Sie umfaßten zusammen eine Fläche von annähernd 4 000 ha. Davon entfielen über 90 % auf baureifes Land und auf Rohbauland. Dieses Bauland wird überwiegend für den Wohnungsbau verwendet. Der Baulandumsatz ist rückläufig; 1963 wurden in Schleswig-Holstein 400 ha Bauland weniger verkauft als 1962. Im Verhältnis am stärksten verminderte sich die Verkaufsfläche von Industrieland und Land für Verkehrszwecke. 1963 umfaßte ein baureifes Grundstück im Mittel 1 350 qm. Die durchschnittliche Größe der Rohbaulandfläche belief sich auf 6 000 qm. Je Einwohner wurde in Kiel, Lübeck und Flensburg am wenigsten Bauland für Wohnzwecke umgesetzt. Am größten im Verhältnis zur Einwohnerzahl war die umgesetzte Baulandfläche in den Kreisen Sütdonern, Segeberg und Süderdithmarschen. Bis auf das Industrieland waren alle Grundstücksarten in Schleswig-Holstein merklich billiger als im Bundesgebiet. So kostete z. B. 1 qm baureifen Landes 1962 im Bundesgebiet durchschnittlich fast 15 DM und in Schleswig-Holstein nur 9 DM. Die Preise für baureifes Land waren innerhalb Schleswig-Holsteins in Kiel mit über 22 DM (1962) und 27 DM (1963) bei weitem am höchsten. Danach kamen die an Hamburg grenzenden Kreise Stormarn und Pinneberg mit Durchschnittspreisen zwischen 15 DM und 19 DM.

## Personalstruktur Gewerbe

Seite 66

Von allen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich beschäftigten Arbeitnehmern Schleswig-Holsteins, soweit sie von der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962 erfaßt wurden, waren zwei Drittel Arbeiter und ein Drittel Angestellte. Neun Zehntel der Arbeiter waren im produzierenden Gewerbe tätig; von diesen Industriearbeitern war jeder fünfte eine Frau. Drei Fünftel der männlichen Industriearbeiter zählten zu den Facharbeitern, ein Fünftel waren Angelernte und nicht ganz ein Fünftel Ungelernte. Von den Industriearbeiterinnen waren nur 3 % fachlich qualifiziert. Von den Angestellten waren fast sechs Zehntel im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Dienstleistungsbereich tätig. Es gab wesentlich mehr kaufmännische Angestellte als technische Angestellte und Meister. 68 % aller Männer und 97 % aller Frauen waren kaufmännische Angestellte. Dagegen waren nur 12 % der männlichen Angestellten Meister. Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, der 1951 17 % und 1957 19 % betragen hatte, erhöhte sich bis 1962 nicht weiter. Während 1951 nur jeder sechste Industriearbeiter eine Frau war, fand sich 1957 und 1962 schon eine Frau unter fünf Arbeitern.



# Der Landeshaushaltsplan 1965

Der Landeshaushaltsplan<sup>1</sup> 1965 schließt in der Einnahme und Ausgabe mit einem Betrag von 2,18 Mrd. DM ab. Dieser Betrag umfaßt die Ansätze des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts. Damit hat sich das Ausgabevolumen gegenüber den Ansätzen des Jahres 1964 um rund 111 Mill. DM oder 5,3% erhöht.

Allein die Personalausgaben wurden mit 756,5 Mill. DM um 90,2 Mill. DM höher angesetzt, das ist eine Steigerung von 13,5%. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 32,2% im Jahre 1964 auf nunmehr 34,7%. Die Mehrausgaben des Personalaufwandes wurden zu einem nicht geringen Teil durch die gestiegene Zahl der Versorgungsempfänger und höhere Versorgungsleistungen verursacht; sie liegen mit 166 Mill. DM um 22% beträchtlich über denen des Jahres 1964. Die Löhne und Gehälter erhöhen sich nach dem Haushaltsplan ebenfalls beachtlich um 11,4% auf 590,4 Mill. DM. Diese Steigerung ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß sich die Erhöhung der Gehälter, die für Angestellte im Laufe des Jahres 1964 (+ 3%) und ab 1. 1. 1965 um 6% sowie für Beamte ab

1. 10. 1964 um 8% eintrat, 1965 voll auswirkt. Die steigenden Personalausgaben sind in geringerem Maße aber auch auf eine Erhöhung der Stellenpläne um rund 490 Bedienstete und auf eine größere Anzahl von Stellenhebungen zurückzuführen. Allerdings werden die für die Personalausgaben angesetzten Mittel nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden, da nicht alle Stellen besetzt sind. So wies der Stellenplan des Landeshaushaltes 1963 z. B. 1 310 Beamte mehr nach, als es nach dem Ergebnis einer Personalstandsstatistik nach dem Stande vom 2. Oktober 1963 tatsächlich gab. Auffallend stark unterbesetzt waren dabei die Lehrerstellen, es gab rund 700 Lehrer weniger als im Stellenplan des Landeshaushalts nachgewiesen; auch bei der Polizei waren 310 Stellen unbesetzt. Für 1965 dürfte die Zahl der unbesetzten Stellen zumindest bei den Schulen eher noch höher liegen, da die Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen 1964 von zwei auf drei Jahre erhöht wurde und damit ein Nachwuchsjahrgang ausfiel; nur der kleinste Teil der unbesetzten Beamtenstellen wird von Angestellten wahrgenommen.

Ausgaben nach den Ansätzen des Landeshaushaltsplans 1964 und 1965

Aufgabenbereich	1964	1965	1965 gegenüber 1964	
			Zunahme (+) Abnahme (-)	
	1 000 DM			in %
Gesetzgebung, Regierung und Rechnungskontrolle	47 520	52 293	+ 4 773	+ 10,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	108 338	113 384	+ 5 046	+ 4,7
Rechtspflege	66 227	70 456	+ 4 229	+ 6,4
Schulen, Wissenschaft, Kultur	349 160	387 967	+ 38 807	+ 11,1
Soziales, Volksgesundheit	318 626	307 754	- 10 872	- 3,4
darunter Wohnungsbau	94 459	73 619	- 20 840	- 22,1
Förderung der Wirtschaft	476 327	457 825	- 18 502	- 3,9
davon Ernährung, Landwirtschaft	448 422	428 076	- 20 346	- 4,5
darunter Grüner Plan	127 548	118 298	- 9 250	- 7,3
Gewerbliche Wirtschaft	27 906	29 748	+ 1 842	+ 6,6
Straßenbau, Wasserwege	103 239	103 712	+ 473	+ 0,5
Finanzen	451 808	506 217	+ 54 409	+ 12,0
davon Schuldendienst	142 016	138 027	- 3 989	- 2,8
sonstige Finanz- und Vermögensverwaltung	83 827	86 102	+ 2 275	+ 2,7
Kommunaler Finanzausgleich	225 965	282 089	+ 56 124	+ 24,8
Übrige Ausgaben	147 865	180 400	+ 32 535	+ 22,0
darunter Versorgung, Beihilfen und Unterstützungen	146 020	178 635	+ 32 615	+ 22,3
Zusammen	2 069 110	2 180 008	+ 110 898	+ 5,4

<sup>1)</sup> Quelle der Angaben ist der Funktionsplan des Landeshaushaltsplanes, Anlage 8 zu den Vorbemerkungen. Vergleiche auch die Grafik

des Monats im Februarheft der Stat. Monatsh. S.-H. 1965

Nach den Versorgungsleistungen sind die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich am stärksten gestiegen, und zwar um 25% auf 282 Mill. DM. Allerdings sind die in diesem Betrag enthaltenen Leistungen aus dem Steuer-verbund (wie Schlüsselzuweisungen, Zuschüsse für Unterhaltung, Instandsetzung, Um- und Ausbau der Kreis- und Gemeindestraßen u. a., Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen, Amtdotationen und Zuschüsse zu den Krankenhauslasten u. a.) nur um 5,6% auf 207 Mill. DM erhöht worden. Innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erhalten im Jahre 1965 die Gemeinden darüber hinaus einen 60%igen Anteil an den örtlichen Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer, der mit insgesamt 64,8 Mill. DM veranschlagt ist. Fortgefallen sind 1965 18 Mill. DM, die den Gemeinden und Kreisen 1962-1964 zum Ausgleich der durch Steueränderungen (Gewerbe- und Vergnügungssteuer) eingetretenen Einnahmeausfälle gegeben wurden. Im Saldo ergibt sich im Rahmen der Finanzausgleichszahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände mithin eine Mehrausgabe für das Land von 56,1 Mill. DM. Dem steht eine Mehreinnahme von 12,7 Mill. DM gegenüber durch einen Zuschlag zum Schulbeitrag von 50% und weitere 8,1 Mill. DM fließen dem Land dadurch zu, daß ihm nicht drei Siebentel, sondern 1965 fünf Siebentel der Grunderwerbsteuer überlassen werden. Damit vermindert sich die Mehrbelastung des Landeshaushalts durch die Änderung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes auf 35,3 Mill. DM.

Ebenfalls überdurchschnittlich angestiegen - nämlich um 11% - sind die Ausgaben für den Aufgabenbereich Schulen, Wissenschaft und Kultur. In diesem Bereich sind die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen einschließlich Kliniken, Bibliotheken, Kulturpflege und Kirchenangelegenheiten enthalten. Die Ausgabensteigerung um rund 39 Mill. DM ist im wesentlichen auf die bereits erwähnten Erhöhungen der Gehälter zurückzuführen, denn der Anteil der persönlichen Kosten ist hier mit 72% besonders hoch. Bei den Schulen allein beträgt er sogar 84%. Die bei den Schulen enthaltenen Förderungsmaßnahmen sind gegenüber 1964 um rund 8 Mill. DM niedriger angesetzt. In den Förderungsmaßnahmen sind zunächst enthalten; die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheiten in Höhe von 2,6 Mill. DM (+ 12%); die Zuschüsse für die deutschen Schulen in Dänemark (1,5 Mill. DM). Im Zuge des Überganges zur Veranschlagung nur der tatsächlich benötigten Mittel (Kassenanschlag) sind die für den zentralen Schulbaufonds bereitgestellten Mittel mit 12,9 Mill. DM (1964 waren es 20,6 Mill. DM) und die Zuschüsse für den Bau von Turnhallen mit

1,7 Mill. DM gegenüber 2,7 Mill. DM im Vorjahr veranschlagt worden. Um dennoch eine reibungslose Planung zu ermöglichen, wurden Bindungsermächtigungen für 1966, die bereits eine Höhe von 7 Mill. DM erreichten, zusätzlich in Höhe von 1,5 Mill. DM für den Schulbau und von 0,5 Mill. DM für den Schulturnhallenbau genehmigt, mithin also insgesamt 9 Mill. DM.

Die Zuwachsrate der Ausgaben für die Gesetzgebung, Regierung und Rechnungskontrolle um ein Zehntel ist neben den erhöhten persönlichen Ausgaben auch durch eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit begründet. Die Aufwendungen für den Landtag, den Ministerpräsidenten mit der Staatskanzlei und der Landespressestelle, die Ministerialverwaltung sämtlicher Ministerien und den Landesrechnungshof machen zusammen nur 2,4% der Gesamtausgaben aus. Der Landtag beansprucht davon 3,5 Mill. DM.

Die Ansätze für die Aufgabenbereiche Rechtspflege, Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Straßenbau und Wasserwege haben etwa durchschnittliche Steigerungsquoten.

In einigen Aufgabenbereichen haben sich die Ansätze gegenüber dem Vorjahr gesenkt, so z. B. im Bereich der Förderung der Wirtschaft - Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft - (- 3,9%). Allerdings ist der Anteil dieses Aufgabengebietes an den Gesamtausgaben des Landes mit 21% recht gewichtig, hier sind aber auch die Bundesmittel, z. B. für die Durchführung des Programms Nord und des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. 9. 1955 (Grüner Plan) besonders hoch. Die Senkung der Ansätze betrifft sowohl den Grünen Plan (- 7,3%) wie auch das Programm Nord (- 0,6 Mill. DM); es wurden ferner die Zuschüsse für die Hochseefischerei (- 0,9 Mill. DM) vermindert sowie die für die Unterhaltung der Meeresufer und Dünen um 5,5 Mill. DM gekürzt, auch die Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen der Wasser- und Bodenverbände liegen um 12,1 Mill. DM niedriger. Dem stehen Erhöhungen der Zuschüsse für die ländliche Wasserversorgung um 2,9 Mill. DM und für die Abwasserbeseitigung um 2 Mill. DM gegenüber. Für ländliche Wasserversorgungsanlagen wurden Zuschüsse mit 4,9 Mill. DM erstmalig vorgesehen.

Die um 6,6% höheren Ansätze für die gewerbliche Wirtschaft nehmen sich bescheiden aus, wenn berücksichtigt wird, daß dieses Aufgabengebiet nur zu rund 1,4% an den Gesamtausgaben beteiligt ist.

Legt man die Ausgaben im Bereich der Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel - einschließlich des Verwaltungsaufwandes - auf die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten



Einnahmen nach den Ansätzen des Landeshaushaltsplans 1964 und 1965

Einnahmeart	1964	1965	1965 gegenüber 1964	
			Zunahme (+) Abnahme (-)	
			1 000 DM	in %
Landessteuer (netto)	852 270	956 951	+ 104 681	+ 12,3
Länderfinanzausgleich	375 000	375 000	-	-
Schuldenaufnahme (Landesanleihe)	120 000	200 000	+ 80 000	+ 66,7
Bundesmittel (Grüner Plan, Programm Nord und Wohnungsbau)	173 450	163 100	- 10 350	- 6,0
darunter Grüner Plan	115 000	112 000	- 3 000	- 2,6
Sonstige Zuweisungen vom Bund und von Dritten, Gebühren Entgelte, Strafen u. a.	548 390	484 957	- 63 433	- 11,6
<b>Zusammen</b>	<b>2 069 110</b>	<b>2 180 008</b>	<b>+ 110 898</b>	<b>+ 5,4</b>

um, so ergäbe dies einen durchschnittlichen Betrag von etwa 320 DM. Die im Bereich der Förderung der Landwirtschaft bereitgestellten Ausgaben ergäben - umgelegt auf die landwirtschaftlichen Betriebe - etwa 6 600 DM einschließlich der Ausgaben für das Programm Nord (385,9 Mill. DM) und 5 800 DM ohne diese Aufwendungen. Bei dieser Berechnung sind einige Ansätze, die nicht zur Förderung der Landwirtschaft gehören, wie z. B. Ausgaben für Forsten, Fischerei u. a. nicht mitberücksichtigt. Allerdings sind in diesem Durchschnittsbetrag beträchtliche Bundesmittel, und zwar rund 3 550 DM je Betrieb einschließlich Programm Nord bzw. 3 000 DM ohne Programm Nord enthalten. Im gesamten Bereich der "Förderung der Wirtschaft" sind die Bundeszuweisungen und -darlehen mit einem Anteil von 51% an den Gesamtausgaben dieses Aufgabenbereiches relativ hoch.

Im Aufgabenbereich Soziales und Volksgesundheit sind die Ansätze für Wohn- und Bauwesen um 20,8 Mill. DM oder 22% vermindert worden. Von dieser Senkung wurden die Wohnungsfürsorgedarlehen betroffen (- 1,4 Mill. DM), während dagegen die Darlehen und Zinsverbilligungszuschüsse für Förderung von Instandsetzungen von Wohngebäuden um 1 Mill. DM verstärkt wurden. Ebenfalls wurden für Wohnbauprämien vorsorglich 4,5 Mill. DM mehr angesetzt. Die Miet- und Lastenbeihilfen erhöhten sich um knapp 0,5 Mill. DM, während die Wohnbaudarlehen aus Bundeshaushaltsmitteln mit 3 Mill. DM gegenüber 7,5 Mill. DM im Vorjahr angesetzt wurden. Auch die

sonstigen zweckgebundenen Wohnbaudarlehen sind um 1,7 Mill. DM vermindert worden. Weggefallen ist der Ansatz für Ersatzleistungen für ausgefallene Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau in Höhe von 15 Mill. DM.

Den erhöhten Ausgaben stehen höhere Ansätze bei den Landessteuern gegenüber; ihr Aufkommen wird um 12,3% höher geschätzt.

Es wird erwartet, daß sich das Lohnsteueraufkommen um rund 28 Mill. DM oder 5,6% erhöhen wird, bei der Einkommensteuer wird sogar eine Steigerung von 54 Mill. DM oder um 11% angenommen und bei der Körperschaftsteuer um 37 Mill. DM oder um 34%! Diese trotz der Verminderung des Proportional-satzes von 20% auf 19% und der Abschwächung des Progressionssatzes bei den mittleren Einkommen sowie der Erhöhung der Pauschbeträge für Sonderausgaben erwartete Steigerung begründet sich auf die im Vorjahr erheblich gestiegenen Löhne und Gehälter sowie auf die Erwartung eines weiteren kräftigen Anstiegs des Sozialprodukts.

Die Einnahmen im Länderfinanzausgleich sind unverändert. An Bundesmitteln (Grüner Plan, Programm Nord und Wohnungsbau) werden insgesamt 10 Mill. DM weniger in Ansatz gebracht und auch bei den sonstigen Zuweisungen vom Bund und von Dritten wird eine Mindereinnahme um 63 Mill. DM angenommen. Zur Deckung der Ausgaben ist eine Landes-anleihe in Höhe von 200 Mill. DM vorgesehen.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

# Die Straffälligkeit nach den Gerichtsurteilen 1963

Seit 1957 wurden von den ordentlichen Gerichten in Schleswig-Holstein jährlich mehr als 20 000 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Strafgesetze rechtskräftig abgeurteilt. Die Entwicklung der Zahlen in der Nachkriegszeit zeigte nach einem Gipfel in den Jahren 1951 und 1952 mit rd. 21 900 bzw. 22 300 Abgeurteilten zunächst einen Rückgang (1954: 18 700), dem von Jahr zu Jahr steigende Zahlen folgten. Aus der seitdem an sich stetigen Entwicklung hebt sich das Jahr 1957 mit 22 300 Abgeurteilten heraus. Dieser Anstieg war zur Hauptsache auf eine Ausweitung der Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen im Straßenverkehr und zum kleineren Teil auch auf eine Zunahme der Aburteilungen wegen Eigentumsdelikten zurückzuführen. Überhaupt ist die Zahl der jährlich abgeschlossenen Strafverfahren - wie später noch gezeigt werden wird - stark abhängig von der zunehmenden Zahl von Verkehrsdelikten. Den bisherigen höchsten Wert erreichte die Zahl der Abgeurteilten im Jahre 1962 mit rd. 25 300 Personen. Demgegenüber liegt die Zahl der im Jahre 1963 rechtskräftig Abgeurteilten mit 24 500 um etwa 3% niedriger.

Die genannten Zahlen über Abgeurteilte weisen die Zahl der Personen nach, mit denen sich Staatsanwaltschaften und Gerichte in einem Strafverfahren befassen mußten. Der größte Teil dieser Verfahren endet mit einer Verurteilung. Die Zahl der Freisprüche und Verfahrenseinstellungen sowie der Fälle, in denen

das Gericht von einer Bestrafung abgesehen hat, belief sich 1963 nur auf rd. 2 500 Personen. Das bedeutet - gemessen an der Gesamtzahl der Abgeurteilten -, daß etwa jeder 10. Angeklagte nicht verurteilt wurde. Mit anderen Worten: bei 90% aller 1963 vor Gericht gestellten Personen erging ein rechtskräftiges Urteil auf Strafe. Vergleicht man die Zahlen über Abgeurteilte und Verurteilte in den vergangenen Jahren, so ist der Anteil der mit Verurteilung beendeten Strafverfahren beachtlich gestiegen. 1950 erhielten nur 78% aller Abgeurteilten eine Strafe. Daraus kann geschlossen werden, daß die Rechtsprechung in den vergangenen Jahren angesichts der zunehmenden Straftaten härter geworden ist. Andererseits kann man aber auch vermuten, daß die Schwere der Straftaten zugenommen hat, so daß daher für Freisprüche nur noch geringer Raum blieb.

Interessant ist hier die Tatsache, daß die Verurteiltenquote bei den Erwachsenen durchweg in allen Jahren seit 1954 unter der bei den Jugendlichen und Heranwachsenden liegt. So erging 1963 gegen 89% der Erwachsenen ein Strafurteil, unter den Jugendlichen erhielten 93% ein Urteil auf Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregel, von den Heranwachsenden wurden 92% verurteilt. Bei der Verurteilung von Jugendlichen und Heranwachsenden wurde jedoch nur in den seltensten Fällen ein Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt (Jugendstrafe) verhängt. Gemäß

Abgeurteilte nach Art der Entscheidung 1962 und 1963

Art der Entscheidung	1962				1963			
	Abgeurteilte		darunter wegen Straßenverkehrsdelikten		Abgeurteilte		darunter wegen Straßenverkehrsdelikten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nach allgemeinem Strafrecht Abgeurteilte	20 992	100	10 345	100	20 801	100	10 270	100
davon Verurteilungen	18 696	89	9 707	94	18 543	89	9 634	94
Freisprüche	1 391	7	486	5	1 397	7	484	5
Einstellung des Verfahrens, von Strafe abgesehen	895	4	151	2	853	4	152	1
Maßregeln der Sicherung und Besserung	10	0	1	0	8	0	—	—
Nach Jugendstrafrecht Abgeurteilte	4 316	100	1 297	100	3 713	100	1 082	100
davon Jugendstrafen	483	11	10	1	405	11	14	1
Zuchtmittel, Erziehungsmaßregeln	3 471	80	1 201	93	3 036	82	989	91
Freisprüche	168	4	42	3	126	3	38	4
Einstellung des Verfahrens	188	4	43	3	138	4	39	4
Einweisung in Heil- oder Pflegeanstalt	1	0	—	—	5	0	—	—
Überweisung an den Vormundschaftsrichter	5	0	1	0	3	1	2	0

den Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes von 1953 machten die Richter bei über 3 000 Jugendlichen und Heranwachsenden von der Möglichkeit Gebrauch, Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel zu verhängen.

Da in der Zahl der Abgeurteilten auch die Personen enthalten sind, bei denen das Gerichtsverfahren eingestellt wurde oder mit Freispruch des Angeklagten endete, sowie auch alle Angeklagten, bei denen das Gericht von einer Bestrafung abgesehen hat, kann die Zahl der Abgeurteilten nicht als Maßstab für die Beurteilung der Kriminalität verwendet werden. Dagegen ist die Zahl der Verurteilten eher geeignet, ein Bild über die Straffälligkeit zu vermitteln. Aus der oben gezeigten Entwicklung der Verurteiltenquote ist bereits zu erkennen, daß die Zahl der Verfahren, die mit Strafurteilen endeten, stärker zugenommen hat als die Zahl der Strafverfahren überhaupt. Gegenüber 1955 ist die Zahl der Abgeurteilten bis 1963 um 31% gestiegen, die Zahl der verurteilten Personen - also derer, bei denen das Gericht eine strafbare Handlung mit der Bestrafung ahndete - hingegen lag um 39% höher als 1955. Die relativ stärkste Zunahme der Verurteilten ergab sich in der Gruppe der Jugendlichen mit 50%. Bei den Heranwachsenden lag die Zahl der Verurteilten um 49%, bei den Erwachsenen um 36% höher als 1955.

Um Änderungen des Altersaufbaus auszuscheiden, die eine derartige Erhöhung der Verurteiltenzahlen ohne direkte Änderung der Straffälligkeit bewirken könnten, wird die Entwicklung der Straffälligkeit mit Hilfe von Verurteiltenziffern dargestellt. Insgesamt wurden danach 1963 von 100 000 strafmündigen Einwohnern Schleswig-Holsteins 1 168 einer Straftat für schuldig befunden und verurteilt. 1955 waren es 866 gewesen. Die allgemeine Verurteiltenziffer ist also um mehr als ein Drittel gestiegen. Gliedert man jetzt aber die Verurteilten nach Altersgruppen, so ergibt sich bei den Erwachsenen eine Steigerung der Verurteiltenziffer um gut ein Viertel, bei den Heranwachsenden eine Steigerung von 59% gegenüber 1955. Bei den Jugendlichen jedoch ist die Straffälligkeit - gemessen durch die Verurteiltenziffer - um weit mehr als das Doppelte gestiegen (+ 133%). Dabei liegt die Verurteiltenziffer der Jugendlichen seit 1959 deutlich über der der Erwachsenen. Gemessen an der Zahl der Gleichaltrigen wurden in den letzten fünf Jahren also die 14- bis 17jährigen häufiger wegen einer Straftat vor Gericht gestellt und verurteilt als die Erwachsenen. Am häufigsten wurden die Heranwachsenden straffällig. Die Verurteiltenziffer der 18- bis 20jährigen lag 1963 mit 2 860 je 100 000 Gleichaltrige weit mehr als doppelt so hoch wie die der Jugendlichen und beinahe dreimal

so hoch wie die der Erwachsenen. Es sei aber noch einmal betont: hier handelt es sich um Verhältniszahlen, die die Straffälligkeit innerhalb von bestimmten Altersstufen messen. Unter den Verurteilten sind absolut gesehen die Erwachsenen durchaus in der Mehrzahl. 1963 waren beinahe vier Fünftel der Verurteilten Erwachsene und nur ein Fünftel waren Jugendliche (7%) und Heranwachsende (14%). Darum schlägt sich auch der überaus starke Anstieg der Verurteiltenziffern bei den 14- bis 17jährigen in der Entwicklung der Gesamtziffer kaum nieder. Ihre Tendenz wird entscheidend nur von den Erwachsenen bestimmt.

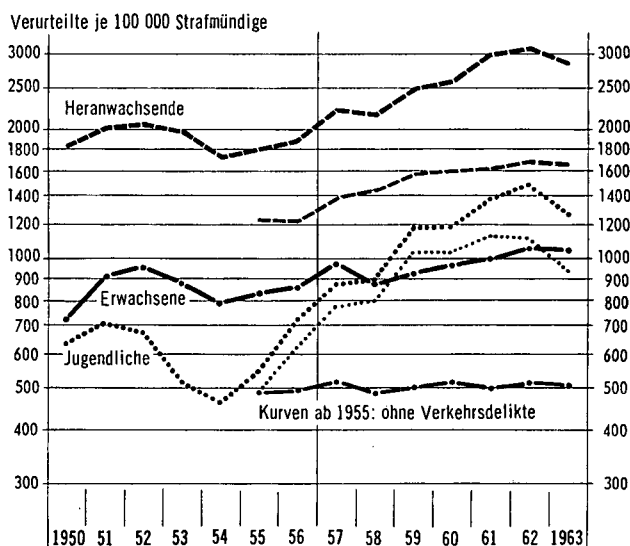
Wenn auch im langfristigen Vergleich ein Anstieg der Straffälligkeit in allen Altersgruppen zu verzeichnen ist, darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß gegenüber 1962 ein Rückgang eintrat. Insgesamt wurden 1963 fast 700 Personen weniger verurteilt. Die allgemeine Verurteiltenziffer liegt um 4% unter dem Vorjahreswert. Für die Jugendlichen beträgt der Rückgang 14%, für Heranwachsende 8%, während sich die Verurteiltenziffer der Erwachsenen kaum vermindert hat. Ob dieser Rückgang der Straffälligkeit bei den Jugendlichen das erste Anzeichen für eine künftig günstigere Entwicklung ist, bleibt abzuwarten.

#### Straßenverkehrsdelikte

Ein ständig größer werdender Personenkreis wird jährlich wegen strafbarer Handlungen im Straßenverkehr vor Gericht gestellt. Über 10 600 Personen, d. h. jeder zweite von den rund 22 000 Verurteilten im Jahr 1963, waren als Verkehrsteilnehmer straffällig geworden. Die immer weitere Bevölkerungskreise erfassende Motorisierungswelle schlägt sich wie folgt in der Verurteiltenziffer nieder: 1955 wurden 328 Personen je 100 000 Einwohner

D - 3487

#### STRAFFÄLLIGKEIT 1950-1963



wegen eines Vergehens im Straßenverkehr und 532 Personen wegen eines der vielen anderen Delikte nach dem Strafgesetzbuch oder sonstigen Bundesgesetzen verurteilt. 1963 beliefen sich die Verurteiltenziffern auf 503 für Verkehrsdelikte und 598 für sonstige Straftaten. Während demnach die Häufigkeit von Verurteilungen bei den mehr "konventionellen" Straftaten in den acht Jahren um 12% zunahm, ist die Verurteiltenziffer für die Straßenverkehrsdelikte um rd. 53% angestiegen. Die Gerichte haben bei diesen Verkehrsstraftaten erheblich häufiger eine Strafe verhängt als bei den übrigen Verbrechen und Vergehen. Unter 100 abgeurteilten Personen waren 1963 bei den allgemeinen Straftaten 14, die freigesprochen wurden oder bei denen das Verfahren eingestellt bzw. von Strafe abgesehen wurde. Bei Delikten im Straßenverkehr gingen nur 6 von 100 Abgeurteilten straffrei aus.

Anteil der Verkehrsdelikte an der Straffälligkeit 1955 – 1963

Jahr	Von 100 wegen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen verurteilten			
	Jugendlichen	Heran- wachsenden	Erwachsenen	Personen insgesamt
	waren im Straßenverkehr straffällig geworden			
1955	10	32	41	38
1956	14	35	42	39
1957	12	37	47	43
1958	10	33	45	40
1959	13	37	46	42
1960	13	39	47	43
1961	18	46	50	47
1962	25	46	51	48
1963	26	42	51	48

Läßt man die auf Grund von Straßenverkehrsdelikten (einschl. Übertretungen<sup>1)</sup> verurteilten Personen bei der Ermittlung der Verurteiltenziffer einmal unberücksichtigt, so war der Anstieg der Straffälligkeit seit 1955 erheblich schwächer als die unbereinigten Ziffern erkennen lassen. Bei den Erwachsenen ist dann - also bei den "konventionellen" Verbrechen und Vergehen - für die Kriminalitätsziffer kaum noch eine Steigerung nachzuweisen, während die Verurteiltenziffer für alle Delikte immerhin um gut ein Viertel zugenommen hat. Die steigende Verkehrskriminalität hat in der Entwicklung der Gesamtstraffälligkeit der Erwachsenen besonders stark zu Buch geschlagen, da der Anteil der Verkehrssünder an den verurteilten Erwachsenen immerhin von 41% im Jahre 1955 auf 51% im Jahre 1963 angewachsen ist.

Der Anteil der Verkehrsstraffälligkeit an allen Urteilssprüchen gegen Heranwachsende ist

1) Übertretungen wurden nur erfaßt, wenn die Fahrerlaubnis entzogen wurde. Insgesamt handelte es sich 1963 um rd. 1 200 Fälle, 1955 waren es nur 51 Fälle

durchweg geringer als bei den Erwachsenen (1955 : 35%, 1963 : 42%). Die bereinigte Verurteiltenziffer zeigt gegenüber 1955 einen Anstieg um nur gut ein Drittel, während sich in dieser Altersgruppe die Häufigkeit von Urteilen wegen Verkehrsvergehen und -übertretungen mehr als verdoppelt hat.

Bei der Jugendkriminalität ist auch ohne die Verkehrsstraftaten immer noch eine Steigerung der Verurteiltenziffer um 92% (also fast eine Verdoppelung) nachzuweisen. Doch hatte die reine Kriminalitätsziffer bereits 1961 ihren Höhepunkt erreicht und ist seitdem rückläufig.

Beinahe drei Fünftel (rd. 6 400 Personen) der 1963 wegen Verkehrsdelikten verurteilten Männer und Frauen hatten gegen Bestimmungen des Straßenverkehrsgesetzes verstoßen. Gut 2 000 von ihnen waren ohne Führerschein gefahren (§ 24 I StVG), weitere 715 hatten vorsätzlich oder fahrlässig anderen das Fahren ohne Führerschein gestattet (§ 24 II StVG). In über 1 700 Fällen wurden Autofahrer oder Fahrzeughalter wegen Überladung ihres Kraftfahrzeugs verurteilt (§ 26 StVG). Rund 700 Verurteilte waren auf öffentlichen Straßen mit nicht zugelassenen Kraftfahrzeugen gefahren.

Wenn gegenüber den Vergehen und Übertretungen nach dem Straßenverkehrsgesetz die auf Grund des Strafgesetzbuchs ergangenen Urteile für Verkehrsdelikte zahlenmäßig zurücktreten (insgesamt wurden hier fast 4 300 Personen verurteilt), so enthält diese Gruppe doch die weitaus ernsteren Delikte. Mehr als 60% dieser Urteile (2 582 Personen) ergingen wegen fahrlässiger Körperverletzung bei Verkehrsunfällen. 131 Personen wurden wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Gut 600 Kraftfahrer wurden verurteilt, weil sie sich nach einem Verkehrsunfall den näheren Ermittlungen durch Flucht entzogen. Vorsätzliche oder fahrlässige Verkehrsgefährdung (§§ 315a, 316), z. B. durch Nichtbeachten der Vorfahrt, zu schnelles Fahren an unübersichtlichen Stellen, Autofahren nach Alkoholgenuß, führte in 849 Fällen zur rechtskräftigen Verurteilung. Beinahe 1 200 der nach dem StGB verurteilten Verkehrsdelinquenten waren im Zustand der Trunkenheit straffällig geworden. 1961 standen nur 23% der wegen schwerer Verkehrsdelikte Verurteilten bei der Tat unter Alkoholeinfluß, 1963 hatte sich der Anteil auf 28% erhöht.

#### Sonstige Delikte

Aus der Masse der nicht mit dem Straßenverkehr zusammenhängenden Straftaten führen Vermögensdelikte die meisten Personen vor Gericht. Allein wegen Diebstahl oder Unterschlagung wurden 1963 4 200 Personen verurteilt. Das sind etwas weniger als zwei Fünftel

aller der Verurteilten, die nicht wegen eines Verkehrsdeliktes zur Rechenschaft gezogen wurden. 2 533 Personen wurden wegen einfachen Diebstahls bestraft, von ihnen waren fast zwei Drittel zur Zeit der Tat unter 25 Jahre alt. Eine überaus starke Beteiligung junger Leute ergibt sich auch für die Fälle von schwerem Diebstahl, dessentwegen 683 Täter verurteilt wurden. Von ihnen waren fast 85% bei der Tat unter 25 Jahre und allein 58% unter 21 Jahre alt.

Nach Diebstahl bilden Betrug und Untreue die nächste größere Gruppe unter den Vermögensdelikten. 1963 wurden wegen dieser Vergehen 1 259 Personen verurteilt. Nach einem Höchststand mit 1 643 Verurteilungen im Jahre 1960 ist hier ein beachtlicher steter Rückgang um fast ein Viertel festzustellen.

Bei den gegen das Leben und die Gesundheit von Personen gerichteten Straftaten stehen die Fälle von Körperverletzungen im Vordergrund. Insgesamt wurden über 3 300 Angeklagte wegen Körperverletzung verurteilt. Dabei sind aber alle Fälle wieder mitgezählt, die sich bei Unfällen im Straßenverkehr ergeben haben (2 582 Verurteilte), so daß letztlich nur 736 Personen wegen direkter körperlicher Schädigungen anderer verurteilt wurden. Fast zwei Drittel dieser Verurteilten war zur Zeit der Tat zwischen 18 und 29 Jahre alt.

Auf Grund von Tötungsdelikten wurden 197 Männer und Frauen verurteilt. Auch hier sind wieder 131 Fälle von fahrlässiger Tötung im Straßenverkehr abzusetzen. Wegen Mordes wurden 4 Erwachsene und 3 Heranwachsende verurteilt, wegen Totschlags 3 Erwachsene.

395 Personen wurden wegen Sittlichkeitsdelikten verurteilt. Bei diesen Straftaten ist nach den Verurteilungen gerechnet ein starker Rückgang eingetreten. Die Zahl der ergangenen Strafurteile lag um mehr als 25% unter der von 1959 und fast 13% unter der von 1962.

Auf den tabellarischen Nachweis der einzelnen Straftaten wurde verzichtet. Ausführliche Tabellen über die Straffälligkeit 1963 nach einzelnen Deliktgruppen mit Vergleichszahlen für die Jahre ab 1955 enthält der Statistische Bericht B II 1 - j/63.

#### Schleswig-Holstein im Bund

Zur Beurteilung der Straffälligkeit in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund und den

übrigen Ländern liegt Zahlenmaterial für das Jahr 1962 vor. Die allgemeine Verurteiltenziffer für Verbrechen und Vergehen lag im Bundesgebiet einschl. Berlin um rd. 15% höher als die für unser Land berechnete. Am höchsten war der Abstand bei den Erwachsenen, deren Verurteiltenziffer im Bundesdurchschnitt um 18% über der Schleswig-Holsteins lag.

Verurteiltenziffern 1962 in den Ländern

Land	Verurteilte je 100 000 strafmündige Einwohner gleichen Alters			
	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene	Insgesamt
Schleswig-Holstein	1 453	2 990	1 002	1 156
Hamburg	810	1 333	854	879
Niedersachsen	1 398	3 418	1 085	1 241
Bremen	1 637	2 360	1 298	1 381
Nordrhein-Westfalen	1 623	3 181	1 201	1 335
Hessen	1 480	3 051	1 111	1 237
Rheinland-Pfalz	1 565	3 659	1 264	1 409
Baden-Württemberg	1 890	3 949	1 338	1 526
Bayern	1 574	4 167	1 273	1 453
Saarland	838	2 612	829	927
Berlin (West)	2 345	3 096	993	1 166
Bundesgebiet	1 584	3 402	1 179	1 328

Quelle: Statistisches Bundesamt

An der Spitze der Bundesländer lag 1962 Baden-Württemberg mit 1 526 Verurteilten je 100 000 der strafmündigen Bevölkerung. Die niedrigste Verurteiltenziffer hatte Hamburg mit 879. Schleswig-Holstein lag mit 1 156 an drittletzter Stelle vor dem Saarland. Aus der Gesamtziffer läßt sich also ein gewisses Süd-Nord-Gefälle der durch die gerichtlichen Verurteilungen dargestellten Straffälligkeit ablesen.

Bei den Jugendlichen hatte Berlin (West) die höchste Verurteiltenziffer. Schleswig-Holstein liegt hier vor Niedersachsen, Saarland und Hamburg an viertletzter Stelle. Den drittletzten Platz in der Skala hatte unser Land bei der Verurteiltenziffer für Heranwachsende und Erwachsene.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Kriminalität in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 83 (April)

# Der Baulandmarkt in Schleswig-Holstein

Als das Bundesbaugesetz<sup>1</sup> im Herbst 1960 in Kraft trat, wurde die Preisbindung für unbebaute Grundstücke, die seit 1936 bestanden hatte, hinfällig. Es erwies sich nunmehr als sinnvoll, die durch das Gesetz über die Preisstatistik<sup>2</sup> vorgeschriebene Erhebung der Baulandpreise einzurichten. Im Juli 1961 war man so weit, daß die ersten Baulandpreise amtlich erhoben wurden. Im Gegensatz zu den anderen Preisstatistiken, die nur einen repräsentativen Ausschnitt aus der Gesamtheit erfassen, handelt es sich bei der Statistik der Baulandpreise um eine Totalerhebung<sup>3</sup>. Deshalb ist es auch möglich, Landesergebnisse zu erstellen.

Die Statistik der Baulandpreise erfaßt außer dem Preis auch die Lage, Größe und Art der veräußerten Grundstücke. Sie liefert also nicht nur Ergebnisse über die preisliche Situation auf dem Baulandmarkt, sondern sie zeigt auch, welche Grundstücksarten und -größen sich häufen und in welchen Gegenden sich die Baulandumsätze besonders konzentrieren.

## Schwerpunkte auf dem Baulandmarkt

In den zweieinhalb Jahren von Mitte 1961 bis Ende 1963 wurden in Schleswig-Holstein rund 17 000 Grundstücke verkauft. Diese Grundstücke umfassen zusammen eine Fläche von annähernd 4 000 ha. Davon entfielen

- 48,5 % auf baureifes Land<sup>3</sup>
- 43,5 % " Rohbauland
- 4,2 % " Industrieland
- 2,4 % " Land für Verkehrszwecke
- 1,3 % " Freiflächen.

Es handelt sich also beinahe neun Zehnteln des veräußerten Baulandes um baureifes Land und Rohbauland. Dieses Bauland wird - abgesehen von neu erstellten Läden, Werkstätten, Praxisräumen, Verwaltungsgebäuden, Kirchen und dergleichen - für den Wohnungsbau verwendet.

Von den reichlich 1 900 ha baureifen Landes, die in den zweieinhalb Jahren in Schleswig-Holstein den Besitzer wechselten, lagen mehr als die Hälfte in Wohngebieten in offener Bauweise und reichlich ein Drittel in Dorfgebieten. Beim veräußerten Rohbauland waren die Verhältnisse ähnlich, von den gut 1 700 ha entfielen gut zwei Drittel auf Wohngebiete in offener Bauweise und ein Viertel auf Dorfgebiete.

1) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I, S. 341)

2) vom 9. August 1958 (BGBl. I, S. 605)

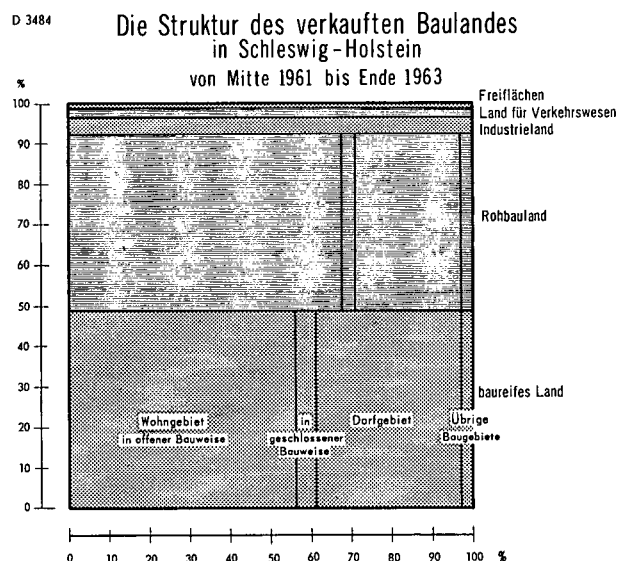
3) Näheres über die Art, die Begriffe und das Verfahren der Erhebung findet der interessierte Leser im Abschnitt "Begriffe und Methoden"

Die Zusammensetzung der von Mitte 1961 bis Ende 1963 in Schleswig-Holstein veräußerten unbebauten Grundstücke

Baugebiet	Baureifes Land		Rohbauland	
	Fläche in ha	Anteile in %	Fläche in ha	Anteile in %
Geschäftsgebiet	1	0,1	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	43	2,2	55	3,2
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	104	5,4	57	3,3
Wohngebiet in offener Bauweise	1 088	56,3	1 172	67,7
Industriegebiet	4	0,2	3	0,2
Dorfgebiet	691	35,8	444	25,7
<b>Zusammen</b>	<b>1 932</b>	<b>100</b>	<b>1 731</b>	<b>100</b>

Der Baulandumsatz hat, wie man auf dem Bild sieht, ganz eindeutige Schwerpunkte. Er konzentrierte sich in der Berichtszeit auf die beiden Grundstücksarten "baureifes Land" und "Rohbauland" und auf die beiden Baugebiete "Wohngebiet in offener Bauweise" und "Dorfgebiet". In den reinen Geschäftsvierteln und Industriegebieten unserer Städte wurde kaum noch unbebautes Land umgesetzt. Gliedert man das verkaufte baureife Land und Rohbauland jeweils nach Baugebieten (vgl. die obenstehende Tabelle), dann bleibt für Geschäftsviertel und Industriegebiete zusammen weniger als 1/2% übrig.

Der Baulandumsatz ist rückläufig; 1963 wurden in Schleswig-Holstein 400 ha Bauland weniger verkauft als 1962. Das ist ein Rückgang um knapp ein Viertel. Im gesamten Bundesgebiet war die Entwicklung ähnlich, wenn auch nicht





ganz so stark wie in unserem Land. Im Jahre 1963 wurden im Bund 15% weniger Bauland umgesetzt als 1962. Im Verhältnis am stärksten verminderte sich in Schleswig-Holstein die verkaufte Fläche von Industrieland und Land für Verkehrszwecke. 1962 wurden 87 ha Industrieland umgesetzt, 1963 hingegen nur 23 ha. Beim Land für Verkehrszwecke belief sich die verkaufte Fläche 1962 auf 51 ha, 1963 indessen nur auf 26 ha. Beim baureifen Land machte der Rückgang 170 ha und beim Rohbauland 150 ha aus; das entspricht jeweils einer Abnahme um ein Fünftel. Die Zahl der Grundstücksübergaben hat nicht im gleichen Maße abgenommen wie die insgesamt veräußerte Fläche. Die durchschnittliche Größe der verkauften Grundstücke hat sich somit verkleinert. 1962 umfaßte ein baureifes Grundstück im Mittel 1 550 qm, 1963 hingegen nur 1 350 qm. Die durchschnittliche Größe der Rohbaulandflächen belief sich 1962 auf 6 800 qm, 1963 indessen nur auf 6 000 qm.

In den Kreisen unseres Landes war das Ausmaß der Baulandveräußerungen während der betrachteten zweieinhalb Jahre recht unterschiedlich. Wenn man das verkaufte baureife Land und Rohbauland zusammenfaßt, dann liegen die Kreise Pinneberg, Rendsburg und Segeberg nach der veräußerten Fläche an der Spitze. Im Kreise Pinneberg wechselten annähernd 465 ha baureifen Landes und Rohbaulandes den Besitzer.

Die kreisweise Verteilung des von Mitte 1961 bis Ende 1963 in Schleswig-Holstein veräußerten baureifen und Rohbaulandes

KREISFREIE STADT Kreis	Baureifes Land	Roh- bauland	Zusammen	
	in ha		qm auf 1 000 Einw. <sup>1</sup>	
FLENSBURG	43	24	67	6,9
KIEL	40	74	114	4,2
LÜBECK	68	103	171	7,2
NEUMÜNSTER	60	62	122	16,3
Eckernförde	43	56	100	15,3
Eiderstedt	29	7	36	19,1
Eutin	86	52	138	15,4
Flensburg-Land	89	25	114	17,3
Hzgt. Lauenburg	113	55	168	12,6
Husum	62	47	110	17,1
Norderdithmarschen	60	52	112	19,3
Oldenburg (Holstein)	103	124	227	28,4
Pinneberg	194	271	465	20,8
Plön	92	44	136	12,3
Rendsburg	265	63	328	20,5
Schleswig	87	19	106	10,7
Segeberg	131	175	306	31,3
Steinburg	138	59	197	16,0
Stormarn	93	120	213	14,3
Süderdithmarschen	45	175	220	30,4
Südtondern	91	123	214	34,8
Schleswig-Holstein	1 932	1 731	3 663	15,6

1) nach dem Stande vom 31. 12. 1962

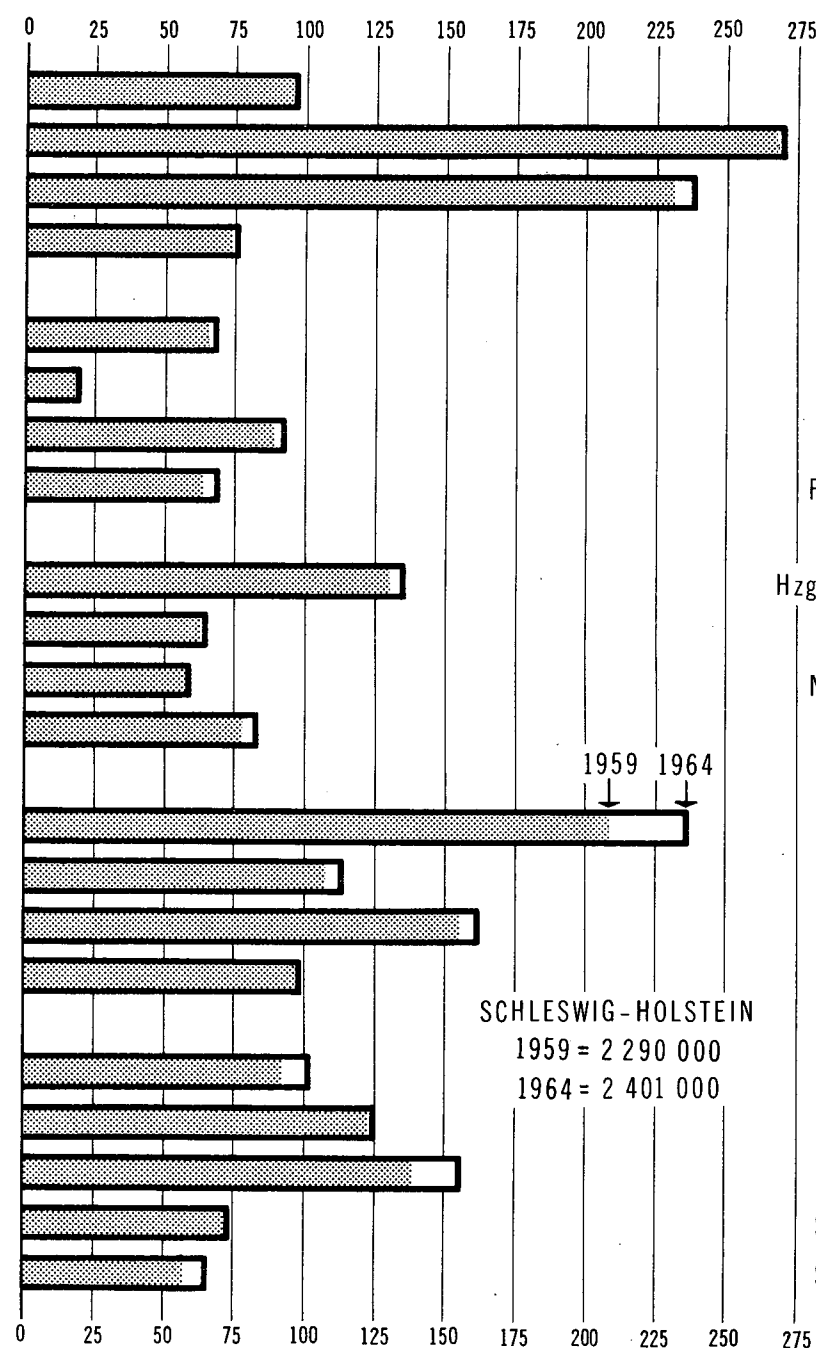
Das ist beinahe genauso viel, wie in der gleichen Zeit in den fünf Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Husum, Norderdithmarschen und Schleswig zusammen umgesetzt wurde. In den Kreisen Rendsburg und Segeberg belief sich die veräußerte Fläche baureifen und Rohbaulandes auf 328 bzw. 306 ha; das ist eine größere verkaufte Fläche als sie die Kreise Hzgt. Lauenburg und Plön zusammen aufzuweisen hatten. Am geringsten war die umgesetzte Baulandfläche in den Kreisen Eiderstedt und Eckernförde sowie in der Stadt Flensburg.

Die absoluten Angaben über die umgesetzten Baulandflächen reichen aber allein nicht aus, um die Schwerpunkte des Baulandmarktes in unserem Land zu lokalisieren. Was besagt es schon, daß in Neumünster 83 000 qm baureifen und Rohbaulandes mehr verkauft wurden als in Kiel, wenn man nicht gleichzeitig bedenkt, daß Kiel 271 000 Einwohner und Neumünster nur 75 000 Einwohner hat. Im Verhältnis zur jeweiligen Einwohnerzahl war der Baulandumsatz in Neumünster fast viermal so stark wie in Kiel (vergleiche letzte Spalte der Tabelle). Je Einwohner wurde in Kiel, Lübeck und Flensburg am wenigsten Bauland für Wohnzwecke umgesetzt. Am größten im Verhältnis zur Einwohnerzahl war die umgesetzte Baulandfläche in den Kreisen Südtondern, Segeberg und Süderdithmarschen. Danach folgen die Kreise Oldenburg, Pinneberg und Rendsburg. Der verhältnismäßig geringe Baulandumsatz in den größeren Städten hängt damit zusammen, daß sich viele bauwillige Städter ihr Baugrundstück nicht im Stadtgebiet, sondern in den umliegenden Gemeinden kaufen, weil im Stadtgebiet nicht genügend Bauland angeboten wird oder weil es dort zu teuer ist. Dieser Umstand erklärt auch den relativ großen Baulandumsatz in einigen Landkreisen. So gehört ein großer Teil des Kreises Pinneberg zum Umland von Hamburg. Der Kreis Rendsburg grenzt an die Städte Kiel und Neumünster und er stellt gleichzeitig das Umland für die Kreisstadt Rendsburg. Wenn auch der Kreis Segeberg nicht unmittelbar an die Grenze von Hamburg heranreicht, so ist sein südlicher Teil doch so verkehrsgünstig zu Hamburg gelegen, daß sicherlich viele Hamburger auch dort Grundstücke gekauft haben. Jedenfalls ist 1963 in den Gemeinden Nahe, Henstedt, Alveslohe und Ulzburg auffallend viel Bauland verkauft worden. Im Kreis Süderdithmarschen fehlt die Nähe von größeren Städten, die den relativ großen Baulandumsatz erklären könnte. Hier mag die Erdölindustrie eine gewisse Rolle spielen. Denn die Baulandverkäufe konzentrierten sich 1963 vor allem auf die Städte Brunsbüttelkoog und Meldorf sowie auf die an Meldorf und Heide grenzenden Dörfer. Im Kreise Südtondern liegt keine Großstadt und auch kein Industriezentrum. Hier war es das Fremdenverkehrsgebiet auf den Nordseeinseln

## AUSGEWÄHLTE WIRTSCHAFTSDATEN

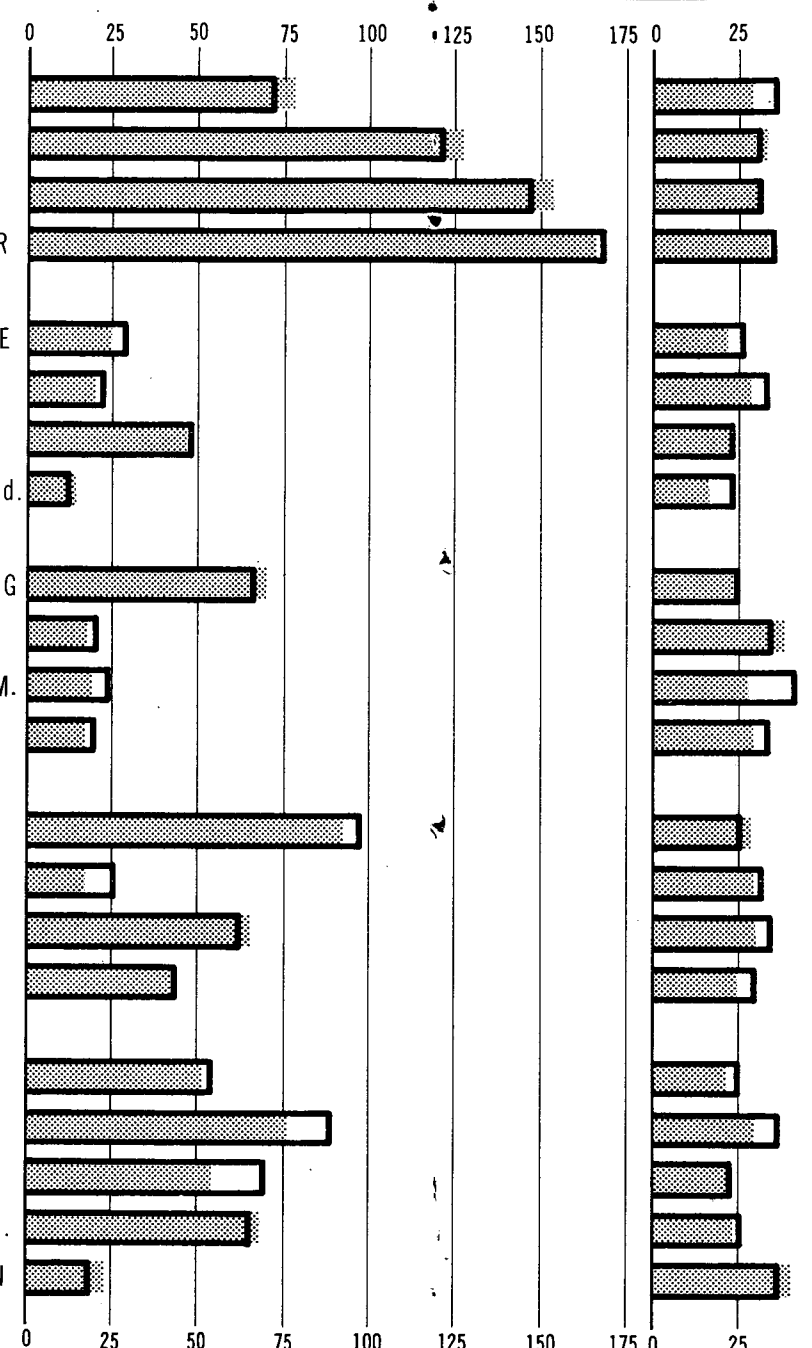
IN DEN KREISEN  
SCHLESWIG-HOLSTEINS

1959 UND 1964

BEVÖLKERUNG  
IN TAUSEND  
Stand: 31. Dezember

SCHLESWIG-HOLSTEIN  
1959 = 2 290 000  
1964 = 2 401 000

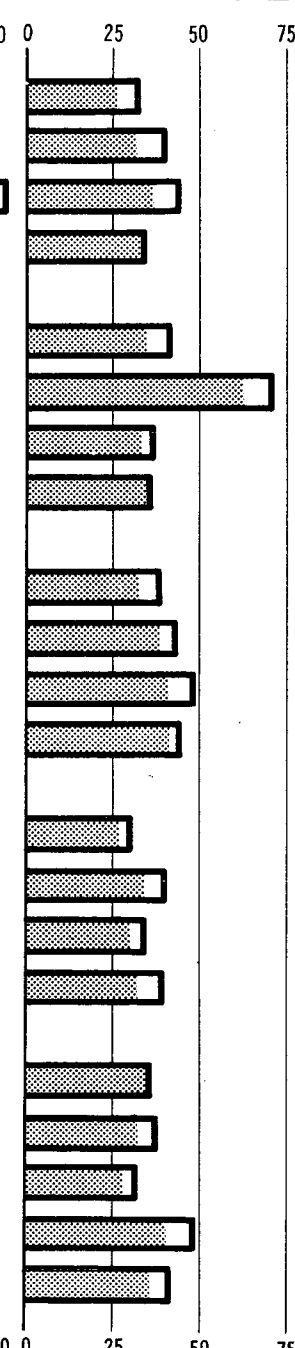
SCHLESWIG-HOLSTEIN INSGESAMT

BESCHÄFTIGTE  
IN DER INDUSTRIE IN DER BAUWIRTSCHAFT  
je 1000 Einwohner am 30. 9. bzw. 30. 6.

SCHLESWIG-HOLSTEIN INSGESAMT

GEWERBESTEUER  
NACH ERTRAG UND KAPITAL UND LOHNSUMME  
in DM je Einwohner

SCHLESWIG-HOLSTEIN INSGESAMT

GRUNDSTEUER  
A UND B  
in DM je Einwohner

SCHLESWIG-HOLSTEIN INSGESAMT

Sylt, Föhr und Amrum, wo sich ein ausgeprägter Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen Baumarktes herausbildete. Die Hälfte der 1963 im Kreis Südtondern insgesamt verkauften Baulandfläche befand sich auf der Insel Sylt, gut ein weiteres Zehntel auf den beiden anderen Inseln.

Das Verhältnis der veräußerten baureifen Fläche zum veräußerten Rohbauland war in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich. In Rendsburg und Schleswig wurde mehr als viermal soviel baureifes Land wie Rohbauland verkauft. Auch in Eiderstedt, Eutin, Flensburg-Land, Hsgt. Lauenburg, Husum, Plön und Steinburg sowie in der Stadt Flensburg war bei weitem der größte Teil des umgesetzten Baulandes in ortsüblicher Weise erschlossen. In Neumünster und im Kreise Norderdithmarschen hielten sich beide Baulandarten etwa die Waage, während in Kiel und Lübeck sowie in den Kreisen Eckernförde, Oldenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Süderdithmarschen und Südtondern merklich mehr Rohbauland als baureifes Land verkauft wurde. Am stärksten war das Übergewicht des Rohbaulandes in Süderdithmarschen, wo auf 1 qm baureifen Landes fast 4 qm Rohbauland kamen. Die Hälfte des im Jahre 1963 hier veräußerten Rohbaulandes lag in der Stadt Brunsbüttelkoog. Wie nachträglich festgestellt wurde, handelt es sich hier um Aufkäufe von ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen, die in der Planung als Industrieland vorgesehen sind.

#### Durchschnittliche Grundstücksgröße

Die durchschnittliche Größe der in der Zeit von Mitte 1961 bis Ende 1963 in Schleswig-Holstein verkauften Grundstücke betrug

beim baureifen Land	rund	1 400 qm
" Rohbauland	"	6 700 qm
" Industrieland	"	13 900 qm
" Land für Verkehrszwecke	"	1 700 qm
bei Freiflächen	"	7 500 qm

Die verhältnismäßig umfangreiche Durchschnittsgröße der in unserem Lande veräußerten baureifen Grundstücke erklärt sich daraus, daß reichlich die Hälfte des baureifen Landes in Wohngebieten in offener Bauweise und reichlich ein Drittel in Dorfgebieten liegt. Im Bundesgebiet belief sich die durchschnittliche Größe der baureifen Grundstücke in den zweieinhalb Jahren von Mitte 1961 bis Ende 1963 nur auf knapp 1 100 qm und in Baden-Württemberg und Hessen nur auf 910 qm und 870 qm.

Wie man richtig vermutet, sind die Grundstücke in dichter besiedelten Gegenden durchschnittlich kleiner als in Wohngebieten mit offener Bauweise und in Dorfgebieten. Allzu groß sind die Unterschiede allerdings nicht, wie die

Bundesergebnisse zeigen. Danach betrug die durchschnittliche Grundstücksgröße in einem

reinen Geschäftsgebiet	980 qm
Wohn- mit Geschäftsgebiet gemischt	1 090 qm
Wohngebiet mit geschlossener Bauweise	840 qm
Wohngebiet mit offener Bauweise	1 100 qm
Dorfgebiet	1 080 qm
Industriegebiet	3 420 qm

Da in den Geschäftsvierteln sowie in den gemischt bebauten Gebieten und Industriegegenden vielfach große Wohnblocks oder Geschäfts- und Verwaltungsbauten errichtet werden, müssen die Baugrundstücke hier eine gewisse Mindestgröße haben. Dies mag erklären, warum hier die Bauflächen nicht viel kleiner oder - wie in den Industriegebieten - sogar größer sind.

Die beachtliche Durchschnittsgröße des Rohbaulandes hängt damit zusammen, daß Wohnungsbau- und Architektengesellschaften oder Architekten große Flächen aufkaufen, um sie zu erschließen, zu parzellieren und zu bebauen. Industrieland und Freiflächen werden ihrem Zweck entsprechend in umfangreichen Grundstücken gekauft, während das zum Bau von Straßen benötigte Land allem Anschein nach in vielen kleinen Flächen erworben werden muß.

In den Kreisen unseres Landes fiel die durchschnittliche Fläche der baureifen Grundstücke recht unterschiedlich aus. Die umfangreichsten Grundstücke wurden in den betrachteten zweieinhalb Jahren im Kreise Pinneberg verkauft; hier beliefen sich die baureifen Flächen im Schnitt auf 2 270 qm. Das andere Extrem hatte Norderdithmarschen mit einer Durchschnittsfläche von 890 qm aufzuweisen. Über dem Landesergebnis von 1 410 qm je verkauftes baureifes Grundstück rangierten

Kreis Pinneberg	mit	2 270 qm
Kreis Rendsburg	"	1 870 qm
kreisfreie Stadt Neumünster	"	1 740 qm
Kreis Segeberg	"	1 540 qm
kreisfreie Stadt Lübeck	"	1 520 qm
kreisfreie Stadt Flensburg	"	1 450 qm
Kreis Schleswig	"	1 440 qm
Kreis Südtondern	"	1 420 qm.

Unter dem Landesdurchschnitt lagen

Kreis Plön	mit	1 400 qm
Kreis Eutin	"	1 380 qm
Kreis Eiderstedt	"	1 320 qm
Kreis Flensburg-Land	"	1 310 qm
Kreis Steinburg	"	1 290 qm
Kreis Eckernförde	"	1 280 qm
Kreis Husum	"	1 230 qm

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

Kreis Oldenburg (Holstein)	mit	1 210 qm
Kreis Hzgt. Lauenburg	"	1 200 qm
Kreis Stormarn	"	1 170 qm
kreisfreie Stadt Kiel	"	1 020 qm
Kreis Süderdithmarschen	"	930 qm
Kreis Norderdithmarschen	"	890 qm.

	Baureifes Land		Rohbauland	
	1962	1963	1962	1963
	- DM je qm			
Geschäftsgebiet	94,02	93,70	34,90	21,12
Geschäfts- mit Wohngebiet gemischt	34,81	37,77	17,78	13,83
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	23,19	27,95	14,76	17,62
Wohngebiet in offener Bauweise	16,35	18,55	10,76	13,57
Industriegebiet	15,21	18,80	10,01	10,46
Dorfgebiet	6,92	7,88	6,32	6,82

## Das Preisgefüge

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich die Baulandpreise 1962 und 1963 nach Grundstücksarten abstuften. Im Bundesdurchschnitt war baureifes Land mit Abstand vor dem Rohbauland und Industrieland am teuersten und Land für Freiflächen nach dem Land für Verkehrszwecke am billigsten. Die schleswig-holsteinischen Baulandpreise fügen sich nicht in diese Rangfolge. Bis auf das Industrieland waren alle Grundstücksarten in unserem Land merklich billiger. So kostete ein qm baureifen Landes 1962 im Bundesgebiet durchschnittlich 14,83 DM und in Schleswig-Holstein nur 8,97 DM. Beim Rohbauland betrugen die entsprechenden Preise 9,50 DM und 6,75 DM. Diese Unterschiede sind zum Teil strukturell bedingt. In Schleswig-Holstein lagen 1962 93% des baureifen Landes in Wohngebieten in offener Bauweise und in Dorfgebieten, wo die Grundstückspreise nicht so teuer sind wie in den übrigen Baugebieten, wenn man vom Industrieland absieht. Im Bundesgebiet machte der Anteil der beiden relativ billigen Baugebiete nur 86% aus. Die hohen Preise für Industrieland in Schleswig-Holstein rühren daher, daß der Bedarf für Industrieland hier vor allem in den größeren Städten und im Umland von Hamburg entsteht, wo die Baulandpreise am höchsten sind.

Die Baulandpreise nach der Grundstücksart in Bund und Land

Grundstücksart	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	1962	1963	1962	1963
	- DM je qm -			
Baureifes Land	14,83	16,92	8,97	9,15
Rohbauland	9,50	11,44	6,75	6,95
Industrieland	9,18	...	12,00	11,44
Land für Verkehrszwecke	7,76	...	4,46	5,09
Freifläche	5,73	...	4,71	2,33

Die Struktur der Baulandpreise nach Baugebieten kann nur an den Bundesergebnissen gezeigt werden, da in den Geschäfts- und Industriegebieten unseres Landes kaum noch Grundstücke verkauft worden sind. Nach den durchschnittlichen Preisen von 1962 und 1963 ergibt sich im Bundesgebiet nachstehende Rangfolge:

In den reinen Geschäftsgebieten wurde in beiden Jahren für baureifes Land 2,5mal soviel verlangt wie in den Gebieten, die mit Geschäfts- und Wohngebäuden gemischt bebaut sind. In den Wohngebieten der Städte und größeren Gemeinden mußte man für ortsüblich erschlossene Grundstücke zwei- bis dreieinhalbmal soviel ausgeben wie in den Dorfgebieten.

In allen Baugebieten bis auf das Dorfgebiet war baureifes Land merklich teurer als Rohbauland. Man darf aber die Differenz zwischen den durchschnittlichen Preisen für baureifes Land und Rohbauland nicht den durchschnittlichen Erschließungskosten gleichsetzen (vergleiche hierzu auch den nachstehenden Abschnitt "Begriffe und Erläuterungen"). Denn baureifes Land weist nicht überall den gleichen Erschließungsgrad auf. Nach den Bestimmungen des Grundsteuergesetzes, nach denen die Finanzämter die Grundstücke zuordnen, sind baureife Grundstücke solche, die durch Verkehrsanlagen und durch Versorgungseinrichtungen für die Bebauung in ortsüblicher Weise ausreichend erschlossen sind und die sofort bebaut werden können. In den Dörfern werden die Grundstücke für gewöhnlich nicht so weitgehend erschlossen, weil es dort häufig kein Gas und keine Kanalisation gibt. Auch Kinderspielflächen und Abstellplätze für Kraftwagen sind dort meistens nicht in die Erschließung einbezogen.

In Schleswig-Holstein waren die vergleichbaren Baulandpreise alle niedriger:

	Baureifes Land		Rohbauland	
	1962	1963	1962	1963
	- DM je qm -			
Geschäfts- mit Wohngebiet gemischt	14,31	12,94	9,75	6,67
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	14,08	14,90	7,60	5,92
Wohngebiet in offener Bauweise	11,48	10,91	7,74	7,71
Dorfgebiet	4,27	5,24	3,93	4,71

Da sich die Grundstücke nach Lage und Beschaffenheit unterscheiden, sind sie nicht voll vergleichbar. Die wichtigste Voraussetzung für die Beobachtung einer Preisentwicklung, eine gleichbleibende oder jedenfalls vergleichbare Qualität, ist auf dem Baulandmarkt nicht gegeben. Deshalb kann man auch aus den Durchschnittsergebnissen nicht ohne weiteres die Preisentwicklung für Baugrundstücke ablesen. Das Ergebnis, daß 1963 in Schleswig-Holstein ein qm baureifen Landes in den Wohngebieten in offener Bauweise im Schnitt 0,57 DM weniger gekostet hat als 1962, heißt nicht, daß qualitativ vergleichbares Bauland in diesen Bezirken billiger geworden ist. Es dürfte vielmehr dadurch zu erklären sein, daß 1963 dort weniger gute Grundstücke verkauft worden sind als 1962. Man sollte deshalb sehr behutsam sein, wenn man beurteilen will, ob und wie sich die Baulandpreise entwickelt haben. Dies gilt besonders bei Zeitvergleichen in kleinen Regionen, wo nicht soviel Baulandverkäufe vorkommen und wo deshalb der Zufallsfehler eine größere Rolle spielt.

Die Baulandpreise in den Kreisen 1962 und 1963

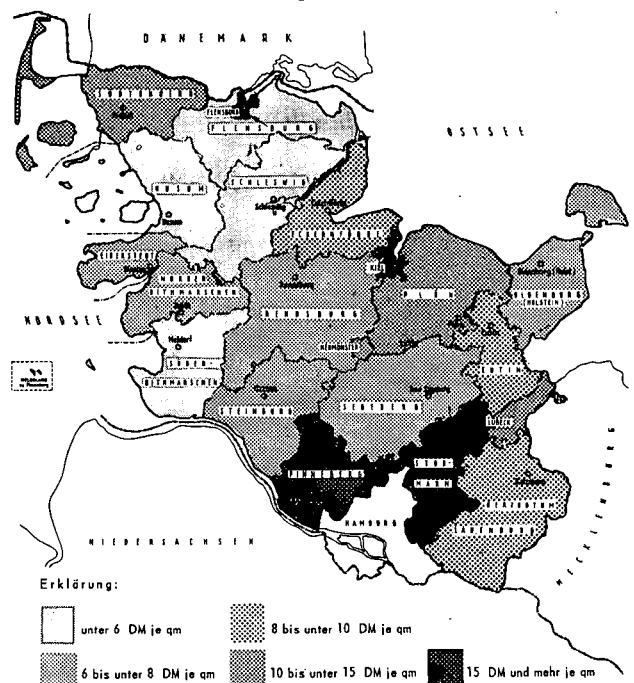
KREISFREIE STADT Kreis	Baureifes Land		Rohbauland	
	1962	1963	1962	1963
	— DM je qm —			
FLensburg	11,16	15,07	5,13	
KIEL	22,17	27,36	7,59	13,35
LÜBECK	13,13	11,99	5,44	10,51
NEUMÜNSTER	14,09	10,52	7,04	5,30
Eckernförde	6,46	8,17	5,63	5,16
Eiderstedt	6,33	7,20	1,74	3,74
Eutin	9,01	9,59	5,25	6,05
Flensburg-Land	4,28	5,80	3,78	7,44
Hsgt. Lauenburg	10,58	8,81	5,24	5,14
Husum	5,85	5,86	4,28	5,91
Norderdithmarschen	5,98	7,32	5,39	6,40
Oldenburg (Holstein)	6,23	7,89	4,82	5,09
Pinneberg	16,55	15,07	10,14	15,44
Plön	6,24	10,21	2,22	6,60
Rendsburg	5,37	6,82	6,06	6,24
Schleswig	4,86	4,31	4,22	—
Segeberg	5,88	7,36	3,57	4,49
Steinburg	6,48	6,80	5,84	6,15
Stormarn	18,77	18,69	9,57	10,75
Süderdithmarschen	7,02	5,51	3,64	4,05
Südtondern	4,59	10,01	7,68	6,04
Schleswig-Holstein	8,97	9,15	6,75	6,95

Aus der vorstehenden Kreistabelle geht hervor, daß die Preise für baureifes Land in Kiel mit über 22 DM und 27 DM bei weitem am höchsten waren. Danach kamen die an Hamburg grenzenden Kreise Stormarn und Pinneberg mit Durchschnittspreisen zwischen 15 DM und 19 DM. Rohbauland war 1962 in diesen beiden Kreisen sogar teurer als in der Landeshauptstadt Kiel. Dann folgen in der Rangordnung der Preise für

baureifes Land 1963 die Städte Flensburg, Lübeck und Neumünster. Bemerkenswert ist, daß das 1963 in Kiel verkaufte baureife Land mehr als doppelt so teuer war wie das, welches in Lübeck und Neumünster verkauft wurde. Das im Kreise Stormarn veräußerte baureife Land kostete im Schnitt mehr als dreimal soviel wie das, welches in den Kreisen Schleswig, Flensburg-Land und Husum den Besitzer wechselte. In den Kreisen Schleswig und Flensburg-Land war baureifes Land am billigsten, der durchschnittliche qm-Preis lag in beiden Jahren unter 5 DM. In Eiderstedt, Husum, Norderdithmarschen, Oldenburg, Rendsburg, Segeberg, Steinburg und Süderdithmarschen bewegte er sich zwischen 5 DM und 8 DM. In den Kreisen Plön und Südtondern war baureifes Land 1963 auffallend teurer als im Vorjahr. Das könnte mit einer steigenden Nachfrage in bevorzugten Gegenden zusammenhängen. Es wurde oben schon erwähnt, daß sich die Baulandnachfrage in Südtondern auf die Inseln Sylt, Föhr und Amrum konzentriert. In Plön könnte die Preiserhöhung von vermehrten Baulandveräußerungen in den an Kiel grenzenden Gemeinden und den Fremdenverkehrsgemeinden herrühren. Insgesamt wurde allerdings 1963 sowohl in Südtondern als auch im Kreis Plön weniger baureifes Land veräußert als 1962.

Nur in den vier kreisfreien Städten sowie in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn und Pinneberg und im Kreis Eutin überragten die durchschnittlichen Preise für baureifes Land in beiden Jahren den Landesdurchschnitt. Die

D 3485 Das Preisgefälle für baureifes Land in Schleswig-Holstein 1963



überdurchschnittlich hohen Baulandpreise im Kreis Eutin mögen einerseits mit der Nähe Lübecks und andererseits mit dem Fremdenverkehr an der Lübecker Bucht und in der holsteinischen Schweiz zusammenhängen. In Lauenburg, Plön und Südtondern lagen die betreffenden Baulandpreise in einem Jahr über und im anderen Jahr unter dem Landesdurchschnitt. In den übrigen elf Kreisen waren die Preise für baureifes Land 1962 und 1963 niedriger als der jeweilige Landesdurchschnitt. Das zeigt, wie stark die Baulandpreise in unserem Land streuen.

Die Streuung der Baulandpreise wird auch erkennbar, wenn man die Baulandveräußerungen nach Gemeindegrößenklassen ordnet. Dies läßt sich am besten an Hand der Bundesergebnisse zeigen, da in Schleswig-Holstein nicht alle Klassen vorhanden oder die vorhandenen zum Teil nicht genügend besetzt sind. Ein qm baureifen Landes kostete 1963 im Bundesgebiet in Gemeinden von

	unter	2 000	Einwohnern	7,80	DM
2 000	bis unter	5 000	"	13,03	DM
5 000	"	10 000	"	16,26	DM
10 000	"	20 000	"	18,34	DM
20 000	"	50 000	"	23,99	DM
50 000	"	100 000	"	30,82	DM
100 000	"	200 000	"	35,87	DM
200 000	"	500 000	"	36,86	DM
500 000	und mehr	Einwohnern		49,55	DM

Die Baulandpreise streuen nicht nur nach der Größe der Gemeinden, sondern auch von Land zu Land innerhalb gleicher Gemeindegrößenklassen, wie das Statistische Bundesamt feststellte. Die länderweisen Preisunterschiede innerhalb der Größenklassen sind allerdings bei weitem nicht so groß wie die zwischen Stadt und Land. So wurde im vierten Quartal 1963 in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern in Schleswig-Holstein für baureifes Land ein Durchschnittspreis von rund 6 DM ermittelt, während in Nordrhein-Westfalen 8,84 DM und in Baden-Württemberg 11,34 DM dafür verlangt wurde.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen war das im Jahr 1963 verkaufte baureife Land im Schnitt am billigsten und in Bremen und Hamburg am teuersten, wie die nachstehende Rangfolge zeigt:

Bremen	45,55	DM je qm
Hamburg	31,46	DM je qm
Baden-Württemberg	21,82	DM je qm
Bayern	21,70	DM je qm
Nordrhein-Westfalen	21,53	DM je qm
Bundesdurchschnitt	16,92	DM je qm

Hessen	14,08	DM je qm
Rheinland-Pfalz	12,17	DM je qm
Saarland	10,47	DM je qm
Niedersachsen	9,39	DM je qm
Schleswig-Holstein	9,15	DM je qm

Die länderweisen Unterschiede dieser Durchschnittspreise brauchen nicht nur reine Preisdifferenzen widerzuspiegeln, sie können zum Teil auch durch Unterschiede in der Zusammensetzung der verkauften baureifen Grundstücke nach dem Baugebiet, der Gemeindegröße, der Lage innerhalb des Baugebietes und durch sonstige Gütemerkmale bedingt sein. Diese Einschränkung gilt übrigens für alle Preisvergleiche auf dem Baulandmarkt, sowohl für zeitliche als auch für regionale.

#### Begriffe und Methoden

Die Finanzämter füllen auf Grund der ihnen für Steuerzwecke zugeleiteten Kaufabschlußmeldungen Fragebogen für die Statistik der Baulandpreise aus. Erfasst werden unbebaute Grundstücke, die durch Kauf erworben wurden. Ausgenommen sind: Trümmergrundstücke, Grundstücke, die weniger als 200 DM gekostet haben und solche, die land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Innerhalb der so gezogenen Grenzen handelt es sich um eine Totalerhebung.

Bei den Grundstücken, die für den Wohnungsbau gekauft wurden, unterscheidet man nach dem Zustand der Aufschließung baureifes Land und Rohbauland. Baureifes Land ist durch Verkehrsanlagen und durch Versorgungseinrichtungen für die Bebauung in ortsüblicher Weise ausreichend erschlossen, während Rohbauland lediglich für die Bebauung behördlich freigegeben worden ist. Das übrige Bauland wird nach dem Verwendungszweck unterteilt in Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freifläche. Freiflächen sind Grün-, Park- und Erholungsanlagen, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze sowie Friedhöfe.

Aus der Gliederung nach dem Baugebiet kann man sehen, ob die veräußerten Grundstücke in einer reinen Geschäftsgegend gelegen sind oder in einem Wohngebiet in geschlossener oder offener Bauweise oder in einer Gegend, in der sich Geschäfte und Wohnhäuser so mischen, daß man nicht mehr von einem eindeutigen Charakter in der einen oder anderen Richtung sprechen kann. Diese Gliederung gibt weiterhin darüber Auskunft, ob die Grundstücke in einem typischen Industriegebiet oder in einem Dorfgebiet liegen. Von Dorfgebiet ist zu sprechen, wenn landwirtschaftliche Betriebe in der Umgebung überwiegen.

In den Preisen sind die Grunderwerbsnebenkosten, wie Vermessungskosten, Maklergebühren, Notariats- und Gerichtskosten sowie Grunderwerbssteuer nicht mit eingeschlossen. Da sich die Baulandpreise je nach Lage, Beschaffenheit und Verwendungszweck der Grundstücke sehr unterscheiden, kann man aus den Durchschnittspreisen nicht ohne weiteres die Preisentwicklung feststellen. Ein höherer Durchschnittspreis für eine spätere Periode braucht nicht zu bedeuten, daß die Baulandpreise gestiegen sind. Er kann einfach dadurch zu erklären sein, daß während dieser Periode mehrere nach Lage und Beschaffenheit besonders gute Grundstücke veräußert wurden. Man



darf auch nicht den Unterschied zwischen den durchschnittlichen Preisen für baureifes Land und den durchschnittlichen Preisen für Rohbauland den Erschließungskosten gleichsetzen. Denn die Grundstückspreise sind vielfach mehr von der Lage als vom Erschließungszustand abhängig, so daß Rohbauland in bevorzugten Wohngegenden durchaus teurer sein kann als baureifes Land in nicht so guten Bezirken. Das Rohbauland könnte überwiegend in der Nähe von Großstädten und das baureife Land mehr in der Nähe von Kleinstädten und in Dorf-

gebieten liegen. Die Durchschnittspreise für die einzelnen Baulandgruppierungen hinsichtlich des Baugebietes oder der Grundstücksart gelten in erster Linie für die jeweilige Gruppe und Periode.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Preise für Bauland seit 1962" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 735 (Dezember)

## Die Personalstruktur in der gewerblichen Wirtschaft 1962

Von allen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich beschäftigten Arbeitnehmern Schleswig-Holsteins, soweit sie von der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962 - im folgenden kurz GLS genannt - erfaßt wurden, waren zwei Drittel Arbeiter und ein Drittel Angestellte, d. h. jeder dritte Arbeitnehmer war ein Angestellter. Im produzierenden Gewerbe allein (Wirtschaftsabteilung 1 - 3) hatten die Angestellten nur einen Anteil von 19%, d. h. auf vier "Industriearbeiter" kam im Schnitt ein Angestellter; in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen des produzierenden Gewerbes stufte sich das Verhältnis wie folgt ab: in der Energiewirtschaft war jeder dritte Arbeitnehmer ein Angestellter, im verarbeitenden Gewerbe jeder fünfte und im Baugewerbe nur jeder zehnte.

Von allen Arbeitnehmern waren drei Viertel männlichen und ein Viertel weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Frauen bei den Arbeitern belief sich auf 19%, bei den Angestellten auf 46%. Während also beinahe jeder zweite Angestellte eine Frau war, war nur jeder fünfte Arbeiter weiblich.

67% aller Arbeitnehmer waren jünger als 45 Jahre, 33% älter.

Von 100 Arbeitnehmern entfielen auf Betriebe mit

	Arbeiter	Angestellte	zusammen
bis zu 99 Beschäftigten	35	55	42
100 bis 499 "	31	25	29
500 " 1 000 "	12	6	10
1 000 und mehr "	22	14	19

Die Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereich, Geschlecht und Beschäftigungsart

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte								
	insgesamt	davon							
		männlich	weiblich	Arbeiter			Angestellte		
				insgesamt	davon		insgesamt	davon	
					männl.	weibl.		männl.	weibl.
in % der jeweiligen Obergruppe									
1 – 7 Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	100	72	28	67	81	19	33	54	46
1 – 3 Produzierendes Gewerbe	74	78	22	81	81	19	19	67	33
1 Energie- u. Wasserversorgung	5	94	6	68	99	1	32	82	18
2 Verarb. Gewerbe (ohne Baugewerbe)	71	71	29	79	72	28	21	65	35
3 Baugewerbe	24	98	2	91	100	0	9	74	26
4 aus Handel	18	56	44	23	100	–	77	43	57
5 aus Verkehr	1	95	5	84	100	–	16	73	27
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3	50	50	–	–	–	100	50	50
7 aus Dienstleistungen	4	33	67	47	28	72	53	37	63

Es ist bemerkenswert, daß mehr als die Hälfte der Angestellten, aber nur ein Drittel der Arbeiter in den kleineren Betrieben beschäftigt war.

Die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen ergibt sich aus der Tabelle. Im produzierenden Gewerbe waren drei Viertel aller Arbeitnehmer beschäftigt, im verarbeitenden Gewerbe allein (WA 2) etwas über die Hälfte.

Die Arbeiter

Fast alle männlichen Arbeiter waren 18 Jahre alt und älter, desgleichen 98% der weiblichen. Zur höchsten tarifmäßigen Altersstufe, die in der Regel - jedenfalls bei den männlichen Arbeitern - mit dem 21. Lebensjahr erreicht wird und in der die Arbeiter den vollen Lohn ohne Altersabzug erhalten, gehörten 95% aller Arbeiter.

Im produzierenden Gewerbe (Industrie und Baugewerbe) waren 90% aller Arbeiter beschäftigt; der Rest<sup>1</sup> entfiel auf Großhandel, Verkehrswesen, Wäscherei, chem. Reinigung und Heißmanglei. Von den Arbeitern des produzierenden Gewerbes - kurz Industriearbeiter genannt - war jeder fünfte weiblich, im verarbeitenden Gewerbe allein (WA 2), wo 90% aller Arbeiterinnen beschäftigt waren, jeder vierte. In der Energiewirtschaft und im Baugewerbe war der Frauenanteil praktisch bedeutungslos; nur 0,2% aller weiblichen Arbeiter entfielen 1962 auf diese Bereiche. Die männlichen Industriearbeiter verteilten sich demgegenüber völlig anders auf die Wirtschaftsabteilungen 1 - 3: von 100 männlichen Industriearbeitern arbeiteten in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung 5, im verarbeitenden Gewerbe 62 und im Baugewerbe 33.

Drei Zehntel der männlichen Industriearbeiter waren jünger als 30 Jahre, fast zwei Zehntel 55 und mehr Jahre alt. Die weibliche Arbeiterschaft im produzierenden Gewerbe war jünger als die männliche, d. h. vier Zehntel waren jünger als 30 Jahre und nur ein Zehntel 55 und mehr Jahre alt. Unter 45 Jahre alt waren 61% der Männer und 73% der Frauen.

Die Zusammensetzung der Industriearbeiter nach der Qualifikation war bei Männern und Frauen sehr verschieden.

Von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitern gehörten 1962 zur

Leistungsgruppe 1	60	Männer	und	3	Frauen
" 2	22	"	"	35	"
" 3	18	"	"	62	"

1) hier davon abhängig, welche Wirtschaftszweige in die GLS einbezogen wurden. Umfassende Zahlen sind nur aus der Arbeitsstättenzählung 1961 zu entnehmen

Drei Fünftel der männlichen Industriearbeiter waren also Facharbeiter, während nur etwas mehr als ein Fünftel Angelernte und nicht ganz ein Fünftel Ungelernte waren.

Dieses Verhältnis wird jedoch durch den Grad der Mechanisierung und Automatisierung in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen beeinflusst. Während es im Durchschnitt der Wirtschaftsabteilungen 1 und 2 bei den männlichen Arbeitern - auf eine gröbere Formel gebracht - 6 : 3 : 1 betrug, lag es im Baugewerbe allein bei 6 : 1 : 3; neben qualifizierten Facharbeitern kamen hier also Ungelernte in größerem Ausmaß zum Einsatz. Im Schiffbau lautete das Strukturverhältnis 8 : 2 : 0, d. h. hier dominierten die Facharbeiter, während es so gut wie keine ungelerten Kräfte gab.

Im Gegensatz zu den männlichen Arbeitskräften war die Besetzung der Leistungsgruppe 1 bei den Frauen in Industrie und Baugewerbe minimal, sie machte nur 3% aus. Fast zwei Drittel waren dagegen für leichte Arbeiten eingesetzt, die keine oder nur eine begrenzte Ausbildung erfordern.

Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Leistungsgruppe und Lohnform im produzierenden Gewerbe

Leistungsgruppe	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
	Zeit-lohn	Lei-stungs-lohn	zu-sammen	Zeit-lohn	Lei-stungs-lohn	zu-sammen
in % aller Leistungsgruppen						
1	57	67	60	3	3	3
2	22	24	22	30	44	35
3	21	9	18	67	53	62

Das Merkmal der Lohnform gliedert die Arbeiter in Zeit-, Leistungs- und Mischlöhner. Zeitlöhner waren während des ganzen Monats Oktober 1962 im Stundenlohn, Leistungslöhner im Akkordlohn tätig; dagegen arbeiteten die Mischlöhner teils im Zeit-, teils im Leistungslohn. Fast drei Fünftel aller Industriearbeiter standen im Zeitlohn, je ein Fünftel im Leistungslohn und im Mischlohn. Der Zeitlohn spielt also die überragende Rolle.

Das Gros der Leistungslöhner befand sich im verarbeitenden Gewerbe, wo einmal die männlichen Arbeiter im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und zum anderen die Frauen schlechthin als Leistungslöhner auftraten. Der Anteil der Frauen an den Leistungslöhnern betrug im verarbeitenden Gewerbe 30%, während der der Männer nur 20% aller Arbeiter ausmachte. Den größten Anteil von Facharbeitern hatten die männlichen Leistungslöhner mit über zwei Dritteln. In Leistungsgruppe 2 befanden sich 24% und in 3 neun

Prozent. Die weiblichen Leistungslöhner waren auf die drei Leistungsgruppen gerade im umgekehrten Verhältnis verteilt: die Mehrzahl (53%) war in der Leistungsgruppe 3, 44% in der Leistungsgruppe 2 und nur 3% in der Leistungsgruppe 1. Bei Männern wurden aber überwiegend komplizierte, bei Frauen überwiegend einfache Arbeiten im Akkord ausgeführt.

### Die Angestellten

Von den Angestellten waren fast sechs Zehntel im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Dienstleistungsbereich beschäftigt, dagegen in der Industrie einschl. Baugewerbe (WA 1 - 3) nur etwas mehr als vier Zehntel. Auf den erstgenannten Wirtschaftsbereich entfielen sieben Zehntel der weiblichen Angestellten, auf Industrie einschl. Baugewerbe drei Zehntel.

Im produzierenden Gewerbe war annähernd jeder dritte Angestellte weiblich, im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe dagegen jeder zweite. In der Energiewirtschaft waren jedoch nur 18% und im Baugewerbe nur 26% aller Angestellten weiblich, während es im verarbeitenden Gewerbe 35% waren. Von den Angestellten der Freiberuflichen waren 63% weiblich.

Mit 33% lag der Frauenanteil bei den Industrieangestellten über dem bei den Industriearbeitern, die einen 19-%igen Frauenanteil hatten.

Von je 100 Angestellten waren

	bei Männern	bei Frauen
unter 21 Jahre alt	3	20
21 bis " 29 " "	24	49
30 " " 44 " "	34	18
45 " " 54 " "	21	9
55 und mehr " "	18	4

Wie bei den Arbeitern waren auch bei den Angestellten die Frauen im Schnitt jünger als die Männer. Mehr als doppelt so viel weibliche wie männliche Angestellte waren jünger als 30 Jahre, und dreimal so viel Männer wie Frauen hatten ein Alter von 45 und mehr Jahren. Die weiblichen Angestellten gehörten also überwiegend jüngeren Jahrgängen an, während die Männer auch in den höheren Altersklassen noch verhältnismäßig zahlreich vertreten waren.

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe waren die jüngeren Angestellten im Alter bis 44 Jahre zahlreicher (79%) als im produzierenden Gewerbe (66%), und zwar sowohl die

männlichen als auch die weiblichen. Es fällt auf, daß die jüngeren Angestellten mit 43% in der Energiewirtschaft am schwächsten vertreten waren.

Die Angestellten nach Geschlecht und Alter  
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich		Angestellte im Alter von			
		bis 29 Jahren	30 - 44 Jahren	45 - 54 Jahren	55 und mehr Jahren
in % aller Altersgruppen					
1 - 7	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	männl. 27 weibl. 69	34 18	21 9	18 4
1 - 3	Produzierendes Gewerbe	männl. 19 weibl. 64	38 22	23 10	20 4
2	Verarbeitendes Gewerbe	männl. 20 weibl. 63	38 22	23 11	19 4
4	Handel	männl. 40 weibl. 70	29 17	18 9	13 4
6	Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	männl. 27 weibl. 69	37 21	19 6	17 4

Bei den Angestellten wurden drei Beschäftigungsarten und fünf Leistungsgruppen unterschieden. Die Beschäftigungsarten waren kaufmännische Angestellte, technische Angestellte und Meister im Angestelltenverhältnis. Diese Gruppen waren sehr unterschiedlich besetzt.

Von je 100 Angestellten waren

	Männer	Frauen	zusammen
kaufmännische Angestellte	68	97	82
technische "	20	3	12
Meister	12	.	6

Die kaufmännischen Angestellten überwogen die anderen beiden Beschäftigungsarten bei weitem, am auffälligsten bei den Frauen: 68% aller Männer und 97% aller Frauen waren kaufmännische Angestellte. Dagegen waren nur 12% der männlichen Angestellten Meister.

Bei den Männern bestanden in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen erhebliche Unterschiede. Im Handel, Kredit- und Versicherungswesen waren fast alle Männer kaufmännische Angestellte, auch im Dienstleistungsgewerbe war der Anteil der männlichen kaufmännischen Angestellten sehr groß (94%). In der Industrie war noch nicht die Hälfte aller männlichen Angestellten kaufmännisch, wobei in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen Abweichungen nach unten und oben vorkamen: im Baugewerbe belief sich der Anteil der männlichen kaufmännischen Angestellten nur auf gut ein Viertel, während er in der Energie-

wirtschaft zwei Drittel ausmachte. Die relativ größten Anteile an technischen Angestellten hatten der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit 55%, die Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik mit 46% und das Baugewerbe mit 41%. Die meisten Meister im Angestelltenverhältnis arbeiteten in den Wirtschaftsunterabteilungen Steine und Erden mit 39% und Leder, Textil und Bekleidungsgewerbe mit 35% aller männlichen Angestellten dieser Wirtschaftsbereiche.

Die männlichen Angestellten nach Beschäftigungsart  
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Kauf-	Tech-	Meister
	männliche	nische	
	Angestellte		
in % aller männlichen Angestellten			
1 - 7 Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	68	20	12
1 - 3 Produzierendes Gewerbe	45	36	19
2 Verarbeitendes Gewerbe	46	36	18
4 Handel	92	3	5
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	97	3	—

Ähnlich wie bei den Arbeitern waren auch bei den Angestellten Männer und Frauen hinsichtlich der Qualifikation unterschiedlich strukturiert. Von der Zugehörigkeit zu einer Qualifikationsstufe hängt die durchschnittliche Gehaltshöhe ab; die Angestellten der Leistungsgruppe I erhielten das höchste, die der Gruppe V das niedrigste Gehalt.

Von je 100 Angestellten gehörten zur

	Männer	Frauen	zusammen
Leistungsgruppe I	2	0	1
" II	21	4	13
" III	46	16	32
" IV	28	66	46
" V	3	14	8

Auf die unteren beiden Leistungsgruppen entfielen nur 31% aller männlichen, aber 80% aller weiblichen Angestellten, auf die beiden oberen dagegen 23% aller männlichen und nur 4% aller weiblichen Angestellten. Auch bei den Angestellten werden demnach die einfacheren und weniger Ausbildung erfordernden Tätigkeiten überwiegend von weiblichen Kräften ausgeübt. Leistungsgruppe III umfaßte die restlichen 46% der männlichen und 16% der weiblichen Angestellten.

Während sich im Durchschnitt aller Wirtschaftsabteilungen das Gros der männlichen

Angestellte nach Geschlecht und Leistungsgruppen  
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich		Angestellte nach Leistungsgruppe				
		I	II	III	IV	V
in % aller Leistungsgruppen						
1 - 7 Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	männl.	2	21	46	28	3
	weibl.	0	4	16	66	14
1 - 3 Produzierendes Gewerbe	männl.	3	20	54	20	3
	weibl.	0	2	19	49	30
2 Verarbeitendes Gewerbe	männl.	3	21	53	20	3
	weibl.	0	2	17	47	34
4 Handel	männl.	2	26	33	37	2
	weibl.	-	5	12	77	6
6 Kreditinstitute und Versicherungsgew.	männl.	2	10	55	26	7
	weibl.	-	0	15	66	19

Angestellten mit 46% in der Leistungsgruppe III befand, waren die relativ meisten Angestellten im Handel mit 37% und im Dienstleistungsbereich mit 50% in der Leistungsgruppe IV zu finden. Das Gros der weiblichen Angestellten lag im Durchschnitt aller Wirtschaftsabteilungen und im Durchschnitt jeder einzelnen Wirtschaftsabteilung in der Leistungsgruppe IV; im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und in der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik gehörten allerdings 52 bzw. 60% aller weiblichen Angestellten zur Leistungsgruppe V.

Was die Verteilung nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen betrifft, kann sich die Betrachtung auf die männlichen Angestellten und Meister beschränken, da die weiblichen technischen Angestellten und Meister zusammen nur 3% aller Angestellten ausmachten. Die Meister kamen fast ausschließlich in den Leistungsgruppen II und III vor (vier Fünftel allein in Leistungsgruppe III); in den Leistungsgruppen I und V können sie gar nicht auftreten. Die Hälfte aller technischen Angestellten gehörte der Leistungsgruppe III an, die Mehrzahl der männlichen und weiblichen kaufmännischen (80%) den Leistungsgruppen III und IV. In der obersten Qualifikationsstufe

Die Angestellten nach Geschlecht, Beschäftigungsart  
und Leistungsgruppe

Leistungs- gruppe	Männliche Angestellte			Weibliche
	kaufm.	techn.	Meister	kaufm. Angestellte
	in % aller Leistungsgruppen			
I	2	3	—	0
II	21	23	17	4
III	39	52	78	16
IV	34	20	5	66
V	4	2	—	14

gab es doppelt so viel kaufmännische Angestellte wie technische, in der untersten waren dagegen verhältnismäßig viel mehr technische als kaufmännische Angestellte.

#### Veränderungen der Personalstruktur gegenüber 1951 und 1957

Bei allen Vergleichen mit 1951 muß man sich vor Augen halten, daß sich die Wirtschaft damals erst allmählich und teilweise von den Folgen des Krieges zu erholen begann; 1951 darf also bei der Aufstellung von Zeitreihen nicht als Normal- und Basisjahr gewertet werden.

Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Industrie und Baugewerbe, der 1951 17% und 1957 19% betragen hatte, erhöhte sich bis 1962 nicht weiter.

Während 1951 nur jeder sechste Industriearbeiter eine Frau war, fand sich 1957 und 1962 schon eine Frau unter fünf Arbeitern; in allen Vergleichsjahren war jedoch im verarbeitenden Gewerbe allein jeder vierte Arbeiter weiblich.

In der Besetzung der Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und 3 mit Industriearbeitern sind von 1951 bis 1962 folgende Veränderungen vor sich gegangen:

Von 100 männlichen Industriearbeitern arbeiteten in

	1951	1957	1962
Energiewirtschaft	9	9	5
Verarbeit. Gewerbe	59	62	62
Baugewerbe	32	29	33

Der Zuwachs im Baugewerbe ging zu Lasten der Energiewirtschaft.

Die Zunahme der Arbeiter im Schiffbau, die beim Vergleich der Jahre 1951 und 1957 auffiel (+ 4%), ist fast zum Stillstand gekommen; 1957 waren hier 11% aller Industriearbeiter Schleswig-Holsteins beschäftigt und 1962 12%.

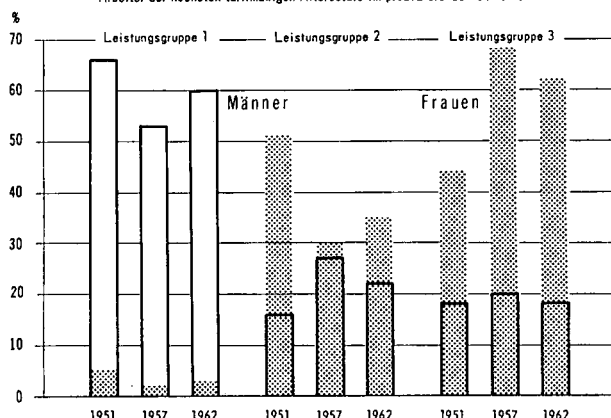
Das Verhältnis älterer und jüngerer Industriearbeiter zueinander unterlag einer ständigen Bewegung. Von 100 männlichen Industriearbeitern waren 1951 68, 1957 57 und 1962 62 unter 45 Jahre alt.

Auch die Zusammensetzung der Industriearbeiter nach der Qualifikation hat sich seit 1951 erheblich verändert, wie das Bild zeigt. Von 1951 bis 1957 hat der Anteil der Facharbeiter abgenommen, dann bis 1962 wieder zugenommen, während umgekehrt die Zahl der Angelernten zunächst zu- und dann abgenommen hat. Die Leistungsgruppe 3 der Männer hat ihren Stand gehalten.

D 3488

#### Die Arbeiter nach Geschlecht und Leistungsgruppe

Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe im produzierenden Gewerbe



Bei den Frauen blieb die Leistungsgruppe 1 annähernd konstant, während sich in den Qualifikationsstufen 2 und 3 etwa der gleiche Vorgang wie bei den männlichen Facharbeitern und Angelernten abspielte. D. h. zunächst verminderte sich der Anteil der angelernten Frauen bei gleichzeitiger Zunahme der ungelerten, dann stieg er wieder auf deren Kosten.

Die Gesamtheit aller männlichen und weiblichen Industriearbeiter verteilte sich folgendermaßen auf die drei Qualifikationsstufen:

Während die Leistungsgruppen 1, 2 und 3 zueinander

1951 im Verhältnis von 6 : 2 : 2 standen, ergab sich

1957 ein Verhältnis von 4 : 3 : 3 und

1962 ein Verhältnis von 5 : 2 : 3.

Der Anteil der Facharbeiter hat sich seit 1957 wieder vergrößert, der Anteil der Angelernten aber vermindert. Lediglich im Baugewerbe war auch eine Vermehrung in der Leistungsgruppe 2 zu bemerken, so daß sich bei 100 Arbeitern folgende Verteilung ergab:

	1951	1957	1962
Leistungsgruppe 1	70	62	61
" 2	6	8	14
" 3	24	30	25

Hier kann aber auch ein anderer Umstand zur stärkeren Besetzung der höheren Leistungsgruppe 2 geführt haben: Es kommt vor, daß Arbeiter wegen des Arbeitskräftemangels tariflich höher eingruppiert werden, als ihnen nach Berufsausbildung und ausgeübter Tätigkeit zusteht. Man läßt ihnen auf diese Weise einen höheren Lohn zukommen. Da die statistische Eingliederung der tariflichen folgt, ist das statistische Ergebnis insofern verfälscht.

Die Zahl der Industriearbeiter, deren Lohn sich aus Zeit- und Leistungslohn zusammensetzte, also die Zahl der sogenannten Mischlöhner, hat von 1957 bis 1962 zugenommen; 1951 wurde diese "Lohnform" nicht erfragt. Während 1957 das Verhältnis von Zeit-, Leistungs- und Mischlöhnern bei 100 Industriearbeitern 60 : 28 : 12 betrug, änderte es sich 1962 in 57 : 23 : 20. Sowohl die reine Form des Zeitlohnes als auch die des Leistungslohnes ist also zugunsten der Mischlohnform zurückgegangen.

Es ist interessant, daß sich, was die Verteilung der Angestellten auf die Wirtschaftsbereiche betrifft, seit 1951 keine grundlegenden Strukturveränderungen vollzogen haben.

Von 100 Angestellten waren beschäftigt im

	1951	1957	1962
Produzierenden Gewerbe	43	40	42
Handel-, Geld- und Versicherungswesen	54	55	52
Dienstleistungsbereich	3	5	6

Diese Feststellung gilt aber nicht, wenn man die Angestellten nach Geschlechtern trennt, denn es zeigt sich ein ständiges Anwachsen des Frauenanteils im Handel, Geld- und Versicherungswesen.

Von jeweils 100 Angestellten waren Frauen im

	1951	1957	1962
Produzierenden Gewerbe	32	32	33
Handel, Geld- und Versicherungswesen	45	52	56
Dienstleistungsbereich		78	63

Die Veränderung des Frauenanteils im Dienstleistungsbereich dürfte in der Hauptsache auf die unterschiedliche Erfassung von Wirtschaftsgruppen und -untergruppen in den drei Erhebungen zurückzuführen sein.

In allen Wirtschaftsabteilungen zusammen war 1951 jeder dritte Angestellte weiblich, 1957 und 1962 fast jeder zweite; der genaue Anteil der Frauen belief sich 1951 auf 39%, 1957 auf 45% und 1962 auf 46% aller Angestellten, was besagt, daß immer mehr Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden sind.

Je 100 Angestellte verteilten sich auf die fünf Leistungsgruppen wie folgt:

Leistungsgruppe	männlich			weiblich		
	1951	1957	1962	1951	1957	1962
I	0	5	2	—	—	0
II	16	18	21	2	4	4
III	43	41	46	13	15	16
IV	36	29	28	64	62	66
V	5	7	3	21	21	14

Bei den Männern hat der Umfang der Leistungsgruppen II und III zu-, der der Leistungsgruppen IV und V abgenommen. Bei den Frauen haben die Leistungsgruppen III und IV einen Zugang aufzuweisen, wohingegen die Leistungsgruppe V abgenommen hat. Die Qualifikation der Angestellten hat sich also verbessert, soweit nicht Ungenauigkeiten der Eingliederung infolge höherer Bezahlung ohne gleichzeitiges Ansteigen der beruflichen Fähigkeiten zum Anwachsen höherer Leistungsgruppen beigetragen haben.

Das Verhältnis von kaufmännischen Angestellten, technischen Angestellten und Meistern im Angestelltenverhältnis hat sich ebenfalls im Laufe der Jahre verändert. Während es 1951 noch 75% männliche kaufmännische Angestellte gab, fiel ihr Anteil 1957 auf 74% und 1962 auf 68%; bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten sank der Anteil von 99% im Jahre 1951 auf 98% im Jahre 1957 und 97% im Jahre 1962. Die männlichen Meister im Angestelltenverhältnis machten 1951 13% aller Angestellten aus, 1957 nur 8% und 1962 wieder 12%.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen des produzierenden Gewerbes ergab sich folgende Entwicklung des Meisteranteils an der Gesamtzahl der Angestellten:

Von 100 Angestellten waren Meister im Angestelltenverhältnis in

	1951	1957	1962
Energiewirtschaft	22	14	10
Verarbeit. Gewerbe	24	16	18
Baugewerbe	23	8	33

Im Baugewerbe hat sich die Zahl der Meister im Angestelltenverhältnis gegenüber 1951 relativ fast um die Hälfte vermehrt, gegenüber 1957 hat sie sich vervierfacht; dagegen ist sie in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung seit 1951 um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

#### Begriffe und Methoden

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich, als deren Erhebungsmonat der Oktober 1962 angesetzt war, erstreckt sich auf Angestellte und Arbeiter; Heimarbeiter, Arbeiter im Baugewerbe, die im Erhebungsmonat Urlaub hatten, mithelfende Familienangehörige, die nicht sozialversichert waren, Volontäre und Praktikanten sowie gesetzliche Vertreter juristischer Personen oder Körperschaften wurden nicht erfaßt.

Die GLS verwendet im Gegensatz zur vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel, wo im Lohnsummenverfahren erhoben wird, das Individualverfahren, d.h. die auf den einzelnen Beschäftigten abgestellte Frageart. Sie ermittelt



nicht nur, wie die laufende Verdiensterhebung, Verdienste und Arbeitszeiten nach Geschlecht, Leistungsgruppe und ausgewählten Wirtschaftsbereichen, sondern geht in die Breite und Tiefe, indem sie mehr Wirtschaftsbereiche einbezieht als jene und die Kombinationen von Verdienst und Arbeitszeit mit bestimmten Erhebungsmerkmalen um eine Vielzahl persönlicher und betrieblicher Merkmale (Alter, Beschäftigungsart, Wirtschaftsbereich, Betriebsgröße, Lohnform, Tarif) erweitert. Sie gibt dadurch Auskunft über die Struktur der Beschäftigten und ihre Verteilung auf Verdienst- und Arbeitszeitklassen. Die Merkmale Familienstand, Kinderzahl und Gemeindegröße wurden diesmal nicht berücksichtigt.

Das Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren gewährt Einblicke in das Sozialgefüge und seine Entwicklungstendenzen; wer sich über den neusten Stand der Löhne und Gehälter unterrichten will, wird das nicht mit Hilfe der Ergebnisse der GLS aus dem Jahre 1962 tun; sie sind durch die Entwicklung der folgenden Jahre überholt. Die Zusammensetzung der Beschäftigten jedoch, d.h. die Schichtung der Einkommensempfänger nach Geschlecht, Alter, Leistungsgruppe, Beschäftigungsart usw., das Verhältnis der so gewonnenen Beschäftigtengruppen zueinander, die Abhängigkeit der Verdienste von Wirtschaftsbereich und Betriebsgröße, die Zusammenhänge zwischen Effektiv- und Tariflohn haben sich aber, von Ausnahmen abgesehen, nicht so schnell und grundlegend geändert, daß nicht die diesbezüglichen Aussagen trotz der verstrichenen Zeit ihren vollen Wert auch für die augenblicklichen Verhältnisse behalten hätten.

Die GLS wurde repräsentativ durchgeführt; die methodischen Erläuterungen zu Auswahlverfahren und Erhebungsmerkmalen sowie die Ergebnisse gemäß dem bundeseinheitlichen Tabellenprogramm, soweit sie bei den kleinen Erfaßtenzahlen in Schleswig-Holstein noch sinnvolle Aussagen enthalten, bringt der Statistische Bericht NO/Lohnstruktur gewerbliche Wirtschaft 1962 vom 3. Februar 1965. Die Bundeszahlen veröffentlicht das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie M 17/1.

In der GLS 1962 wurden in Schleswig-Holstein rd. 19 000 Arbeitnehmer erfaßt; das entspricht einem Anteil an der entsprechenden Gesamtheit von etwa 7%. Die Gesamtheit bildete die Arbeitnehmerschaft der Wirtschaftsabteilungen 1 - 7, wie sie durch die Systematik der Wirtschaftszweige definiert sind. Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau (WA 1), verarbeitendes Gewerbe ohne Baugewerbe (WA 2), Baugewerbe einschl.

Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (WA 3), Handel (WA 4) sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (WA 6) gingen in vollem Umfang in die Erhebung ein; vom Verkehrsgewerbe (WA 5) wurden nur die Güterbeförderung und der Möbeltransport mit Kraftfahrzeugen sowie die Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen, und aus dem Dienstleistungsbereich (WA 7) nur das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wäscherei, chem. Reinigung, Heißmangelei sowie die freien Berufe (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechts- und Wirtschaftsberater, Wirtschaftsprüfer) einbezogen.

Im allgemeinen gelangten nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in die Erhebung, dagegen im Handel, Verkehrswesen, in der Wäscherei, chem. Reinigung und Heißmangelei Betriebe mit 5 und mehr und in den ausgewählten freien Berufen sowie in der Handels- und Versicherungsvermittlung Betriebe mit 2 und mehr Beschäftigten. Die Beschäftigten kleinerer Betriebe gehörten also nicht zur Auswahlgesamtheit; die einbezogenen Betriebe beschäftigten 75% aller Arbeitnehmer der ausgewählten Wirtschaftsabteilungen.

Die Ergebnisse der GLS, die einen Überblick über die Personalstruktur vermitteln, stellen nur einen Teil der durch die Erhebung gewonnenen Erkenntnisse dar, sind aber - abgesehen vom Wert ihrer isolierten Betrachtung - für das Verständnis der Gehalts- und Lohnstrukturdaten von Bedeutung. Sie werden ergänzt durch die umfassenderen Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961, der Totalerhebung zum Industriebericht für September 1961 und zur Bauberichterstattung für Juli 1961. Diese Erhebungen wurden auch als Auswahlgrundlage für die Betriebe dieser GLS benutzt.

Die GLS erstreckte sich im allgemeinen auf Arbeiter und Angestellte; in der Handelsvermittlung, im Einzelhandel und bei den Freiberuflern wurden jedoch die Arbeiter nicht erfaßt und im Verkehrsgewerbe, in der Wäscherei, chem. Reinigung und Heißmangelei nicht die Angestellten, weil in diesen Bereichen die Zahl der fortgelassenen Arbeitskräfte sehr gering ist. Zu den erfaßten Arbeitern zählten auch die "nicht produktions-typischen" Kräfte, wie Putzfrauen, Kraftfahrer und Betriebshandwerker, die nicht an der eigentlichen Betriebstätigkeit teilnehmen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft Teil I: Die Beschäftigtenstruktur" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 132 (Juni)

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

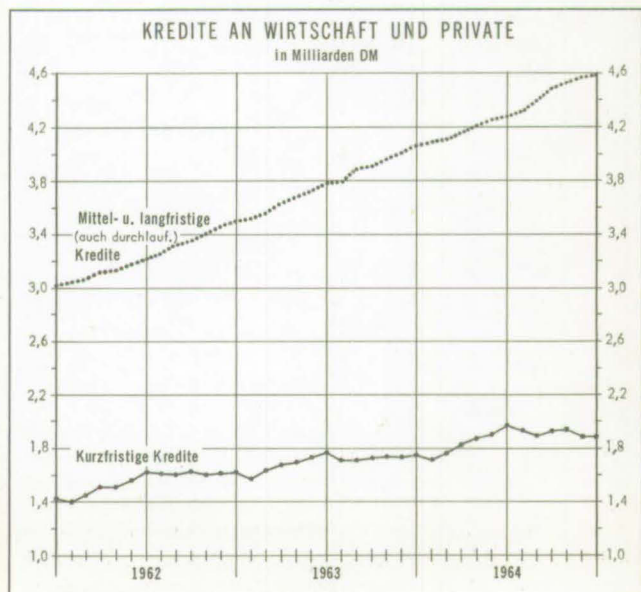
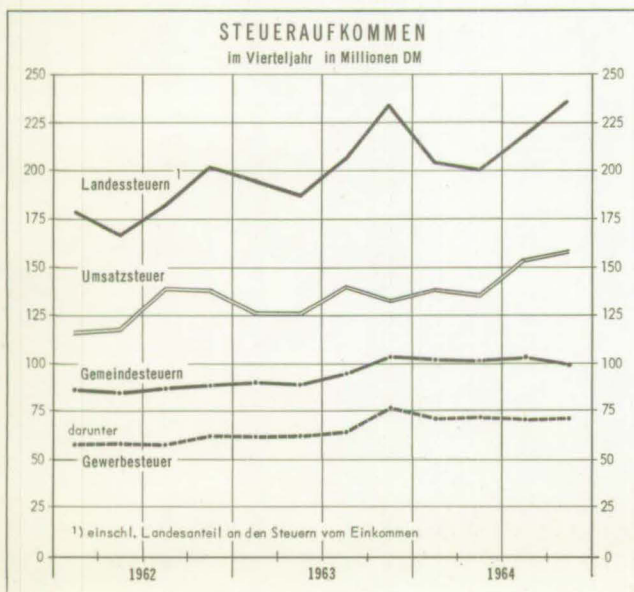
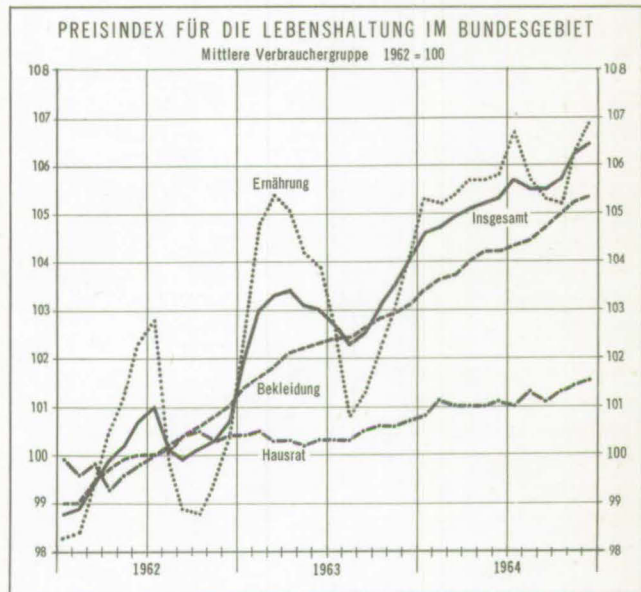
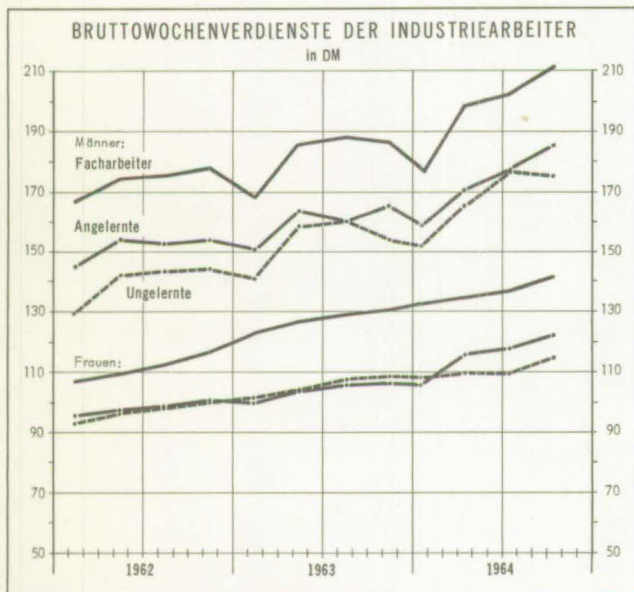
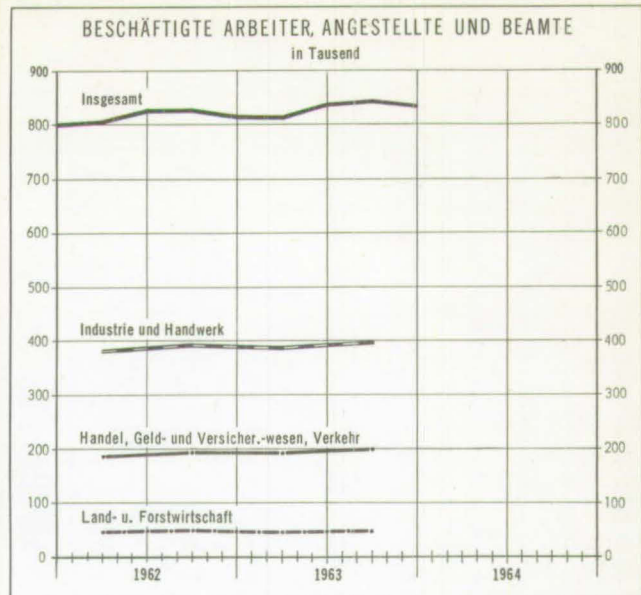
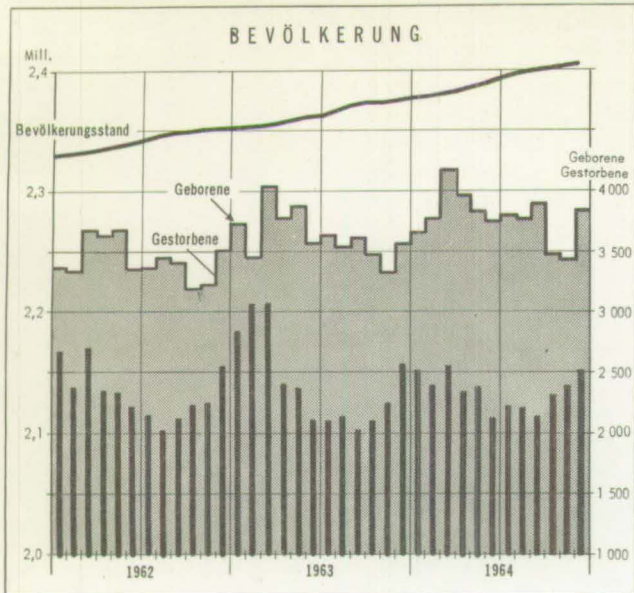
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

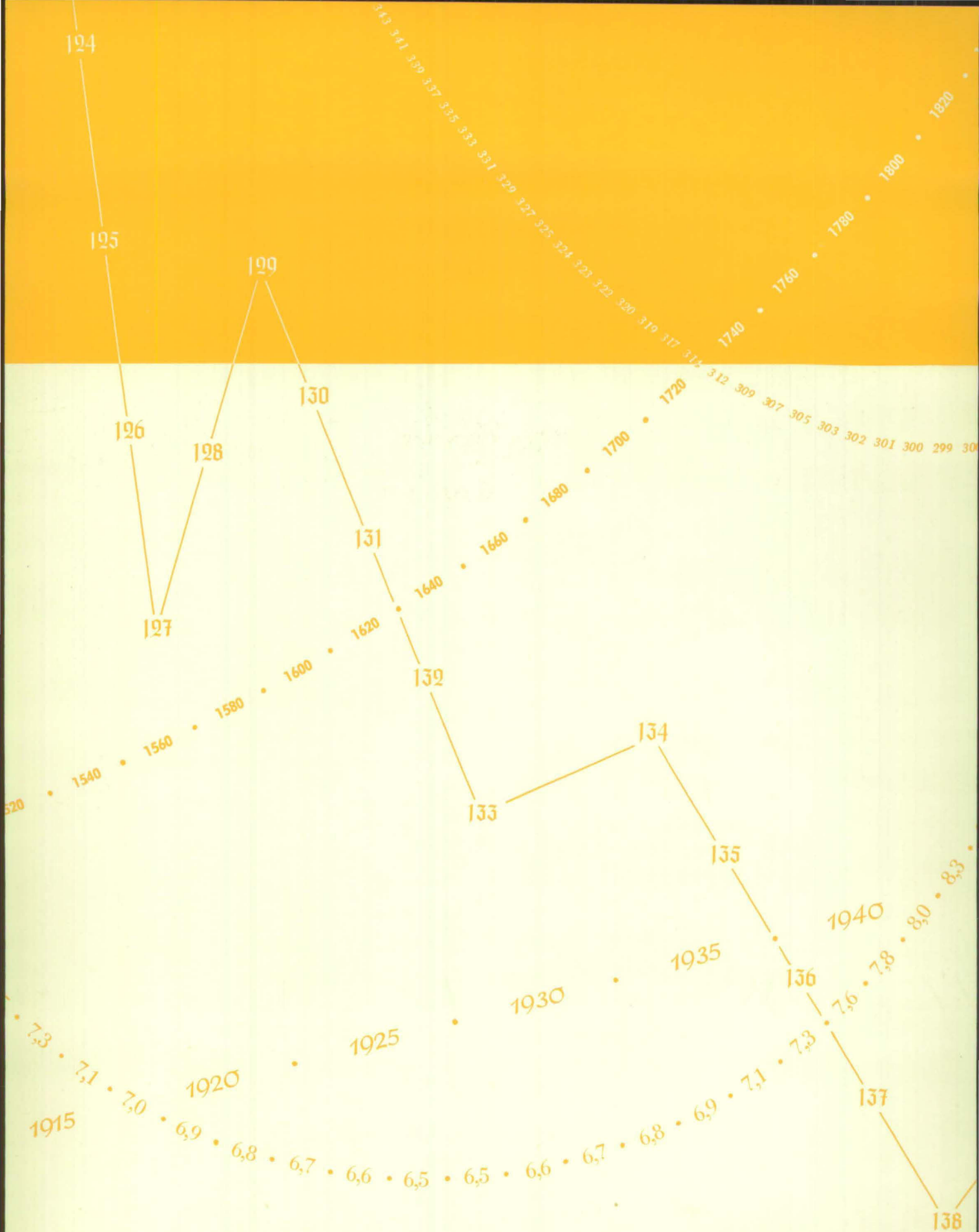
# Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
<b>Gesundheitswesen</b>	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
<b>Erwerbstätigkeit</b>	
Erwerbspersonen am Arbeitsort	2/45
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Bauhauptgewerbe 1964	2/35
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Fremdenverkehr 1963 und 1964	2/41
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Einkommen, Veranlagte - 1961	2/31
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
<b>Preise</b>	
Preise für Speisen und Getränke	1/21
<b>Löhne und Gehälter</b>	
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	2/48
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	
Bruttoinlandsprodukt der Kreise	2/28

## SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM  
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen